
Integrationsförderung von Ausländerinnen und Ausländern aus der Sicht der Aargauer Gemeinden: Bestandes- und Bedarfserhebung

Bericht zur Gemeindebefragung 2011 im Kanton Aargau

21. Mai 2012

Im Auftrag von:

Kantonales Amt für Migration
und Integration
Sektionsleiterin Integration und
Beratung
Barbara Cavelti
5001 Aarau

Autorin:

Mandatsleitung:
Ruth Vogt
vogt@kek.ch

Wissenschaftliche Mitarbeit:
Fiona Wigger
Karin Stadler

21. Mai 2012

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	I
Zusammenfassung	III
1 Einleitung	1
1.1 Ausgangslage und Auftrag	1
1.2 Ziele	1
1.3 Vorgehen	2
1.4 Rücklauf	2
1.5 Aussagekraft der Ergebnisse	3
1.6 Auswertung und Darstellung der Ergebnisse	3
2 Ergebnisse der Gemeindebefragung	5
2.1 Verankerung der Integrationsthematik in den Gemeinden	5
2.1.1 Zuständigkeit in der Gemeinde	5
2.1.2 Kommunale Konzepte zur Integrationsförderung	6
2.2 Information der Bevölkerung	7
2.2.1 Aktuelle Informationstätigkeiten der Gemeinden	7
2.2.2 Aktueller Bedarf aus Sicht der Gemeinden	8
2.2.3 Bekanntheit der aktuellen Informationsgefässe MIX und Newsletter AIA	9
2.3 Information der Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger	11
2.3.1 Aktuelle Informationstätigkeiten der Gemeinden gegenüber Neuzuziehenden	11
2.3.2 Interesse der Gemeinden an kantonaler Unterstützung	12
2.4 Deutschkurse	14
2.4.1 Aktuelles Angebot an Deutschkursen in den Gemeinden	14
2.4.2 Aktueller Bedarf aus Sicht der Gemeinden	15
2.5 Frühe Förderung	16
2.5.1 Aktuelles Angebot an Früher Förderung in den Gemeinden	16
2.5.2 Aktueller Bedarf aus Sicht der Gemeinden	17
2.5.3 Bedarfsentwicklung aus Sicht der Gemeinden	18
2.6 Soziale Integration: Angebote im Bereich Begegnung und Austausch	20
2.6.1 Aktuelles Angebot im Bereich soziale Integration aus Sicht der Gemeinden	20
2.6.2 Aktueller Bedarf aus Sicht der Gemeinden	21
2.7 Interkulturelles Übersetzen	23
2.7.1 Aktueller Einsatz von interkulturellem Übersetzen in den Gemeinden	23
2.7.2 Bedarfsentwicklung aus Sicht der Gemeinden	24
2.8 Handlungsbedarf, Massnahmen, kantonale Unterstützung	26
2.8.1 Aktuelle Brennpunkte bzw. grösster Handlungsbedarf aus Sicht der Gemeinden	26
2.8.2 Von den Gemeinden geplante diesbezügliche Massnahmen	26
2.8.3 Unterstützung durch den Kanton aus Sicht der Gemeinden	27
3 Überblick über Bestand und Bedarf aus Sicht der Aargauer Gemeinden	28

Anhang: Gewichtung der vorhandenen Angebote und Bedarfsmeldungen nach Bevölkerungszahlen

Tabellenverzeichnis:

Tabelle 1: Angebote in den Gemeinden und davon betroffene Bevölkerungsanteile im Kanton Aargau	28
Tabelle 2: Spannbreite der von einem zusätzlichen Bedarf an Integrationsförderungsmaßnahmen betroffenen Gemeinden und Bevölkerungsanteile im Kanton Aargau	29

Abbildungsverzeichnis:

Abbildung 1: Definierte Zuständigkeit für Integrationsfragen in den Gemeinden	5
Abbildung 2: Information der Bevölkerung in den Gemeinden	7
Abbildung 3: Bedarf an Information und Sensibilisierung der Gemeindebevölkerung	8
Abbildung 4: Anteil der von der Bedarfsmeldung in Bezug auf Information und Sensibilisierung der Gemeindebevölkerung betroffenen anderssprachigen Ausländerinnen und Ausländer im Kanton Aargau	9
Abbildung 5: Zusammensetzung an den Veranstaltungen für Neuzuzüger/innen	12
Abbildung 6: Anteil der von den Bedarfsmeldungen in Bezug auf Informationsmaterial betroffenen anderssprachigen Ausländerinnen und Ausländer im Kanton Aargau.....	13
Abbildung 7: Angebot an Deutschkursen für anderssprachige Ausländer/innen	14
Abbildung 8: Anteil der von den Bedarfsmeldungen in Bezug auf Deutschkurse betroffenen anderssprachigen Ausländerinnen und Ausländer im Kanton Aargau	15
Abbildung 9: Angebot im Bereich der Frühen Förderung	16
Abbildung 10: Aktuell nicht abgedeckter Bedarf nach Angeboten der Frühen Förderung	17
Abbildung 11: Bedarfsentwicklung im Bereich Frühe Förderung	18
Abbildung 12: Anteil der von den Bedarfsmeldungen in Bezug auf Frühe Förderung betroffenen anderssprachigen Ausländerinnen und Ausländer im Kanton Aargau	19
Abbildung 13: Angebote im Bereich soziale Integration	20
Abbildung 14: Bedarf nach zusätzlichen Angeboten im Bereich Begegnung und Austausch	21
Abbildung 15: Anteil der von den Bedarfsmeldungen in Bezug auf Angebote für Begegnung und Austausch betroffenen anderssprachigen Ausländerinnen und Ausländer im Kanton Aargau	22
Abbildung 16: Einsatz von interkulturellem Übersetzen	23
Abbildung 17: Bedarfsentwicklung nach interkulturellen Übersetzungen in den Gemeinden	24
Abbildung 18: Anteil der von den Bedarfsmeldungen in Bezug auf interkulturelles Übersetzen betroffenen anderssprachigen Ausländerinnen und Ausländer im Kanton Aargau.....	25

Zusammenfassung

Im Rahmen der Erarbeitung des kantonalen Integrationsprogrammes 2014-2017 für Ausländerinnen und Ausländer wurde eine umfassende Bestandserhebung und Bedarfsanalyse zum Stand der Integrationsförderung erstellt. Als *ein Bestandteil* davon wurden im Oktober 2011 die Gemeinden des Kantons Aargau zu ihren aktuellen Angeboten und ihrer Sicht auf den Bedarf an zusätzlichen Angeboten der Integrationsförderung befragt. Sie wurden gebeten, sich zu folgenden Themenbereichen zu äussern:

1. Zuständigkeit für Integrationsfragen in den Gemeinden
2. Informationstätigkeit gegenüber der Gesamtbevölkerung
3. Information der Neuzuziehenden
4. Deutschkurse für Erwachsene
5. Frühe Förderung für anderssprachige Kinder im Vorschulbereich
6. Angebote zur sozialen Integration (Angebote für Begegnung und Austausch)
7. Interkulturelles Übersetzen
8. Prioritärer Handlungsbedarf, geplante Massnahmen und Unterstützungsmöglichkeiten durch den Kanton

90.5% der Gemeinden beteiligten sich an der Umfrage, so dass mit der Auswertung der Antworten eine gute Übersicht über die Angebote in den Gemeinden sowie über den Bedarf aus Sicht der Gemeinden erstellt werden konnte.

In den befragten Themenbereichen der Integrationsförderung von Ausländerinnen und Ausländern verfügen die Aargauer Gemeinden in unterschiedlichem Ausmass über Angebote.

98% der antwortenden Gemeinden geben schriftliche Informationen an Neuzuziehenden ab und 87% der Gemeinden zudem in mündlicher Form. Mehrheitlich sind diese Informationen ausschliesslich in deutscher Sprache vorhanden. In allen übrigen befragten Themenbereichen der Integrationsförderung von Ausländerinnen und Ausländern zeigt sich, dass in deutlich weniger der antwortenden Gemeinden aktuell Angebote der Integrationsförderung vorhanden sind. Je nach Themenbereich sind in 15% bis 41% der Gemeinden Angebote vorhanden. Je grösser die Gemeinden sind und/oder je höher ihr Ausländeranteil ist, desto eher verfügen sie über Angebote der Integrationsförderung. Die Zusatzanalyse zeigt auf, dass ein beträchtlicher Anteil der anderssprachigen Ausländerinnen und Ausländer des Kantons Aargau damit grundsätzlich Zugang zu solchen Angeboten hat. Es sind aber keine Rückschlüsse über die tatsächlichen Angebotskapazitäten oder die Qualität der Angebote möglich (vgl. Übersicht in Kapitel 3).

Bezüglich eines zusätzlichen Bedarfs an Integrationsförderungsangeboten geben die Gemeinden unterschiedliche Einschätzungen ab. Am meisten Bedarf wird gesehen in den Bereichen Frühe Förderung (bei 29% der antwortenden Gemeinden), interkulturelles Übersetzen (bei 31% der antwortenden Gemeinden) und in Bezug auf eine kantonale Unterstützung in Hinsicht auf Informationsmaterialien für Neuzuziehende (74% der antwortenden Gemeinden). Die Gemeinden mit einem Ausländeranteil über 20% sehen dabei vergleichsweise öfter einen zusätzlichen Bedarf als die anderen Gemeinden. Eine nicht unerhebliche Anzahl der antwortenden Gemeinden (je nach Themenbereich zwischen 11% und 25%) sieht sich zudem nicht in der Lage in den befragten Themenbereichen den Bedarf einzuschätzen.

Aufgrund der im Kanton Aargau sehr unterschiedlichen Gemeindegrössen und des kommunal sehr unterschiedlich grossen Ausländeranteils wurden diejenigen Gemeinden, die einen zusätzlichen Bedarf meldeten und diejenigen Gemeinden, die den Bedarf nicht einschätzen konnten (und damit zumindest potentiell einen Bedarf haben können) vertieft analysiert. Ziel war, damit eine bessere Einschätzung der Grössenordnung der von einem Bedarf betroffenen ausländischen Wohnbevölkerung sowie der davon betroffenen Gesamtbevölkerung zu erhalten. Bei dieser Analyse zeigte sich, dass von den Bedarfsmeldungen und den potentiellen Bedarfsmeldungen ein jeweils erheblicher Anteil aller im Kanton Aargau lebenden anderssprachigen Ausländerinnen und Ausländer betroffen ist: in Bezug auf Information und Sensibilisierung der Gemeindebevölkerung 44 – 66%, in Bezug auf Materialien zur Erstinformation 83%, in Bezug auf Deutschkurse 18% - 51%, in Bezug auf Angebote der Frühen Förderung 49% - 70%, in Bezug auf Angebote zu Begegnung und Austausch 26% - 58% und in Bezug auf interkulturelles Übersetzen 57% - 67% (vgl. Übersicht in Kapitel 3)

1 Einleitung

1.1 Ausgangslage und Auftrag

Der Bundesrat hat am 5. März 2010 einen Bericht zur Weiterentwicklung der spezifischen Integrationsförderung von Ausländerinnen und Ausländern verabschiedet. Gestützt auf diesen Bericht haben Bund und Kantone beschlossen, die Integrationsförderung von Ausländerinnen und Ausländern zukünftig stärker zu gewichten und gemeinsam weiterzuentwickeln.¹ Neu wird der Bund ab 2014 die spezifische Integrationsförderung der Kantone auf der Grundlage von Kantonalen Integrationsprogrammen (KIP) mitfinanzieren. Diese werden ab 2014 die Voraussetzung für die Ausrichtung von Bundesbeiträgen an die Kantone für die spezifische Integrationsförderung sein.

Grundlage dieser kantonalen Programme ist eine umfassende Bestandes- und Bedarfsanalyse bei den verschiedenen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren der Integrationsförderung. Der Kanton Aargau wählte für die Ausarbeitung dieser Bestandes- und Bedarfsanalyse drei sich ergänzende Methoden um die Sichtweise verschiedener Akteure der Integrationsförderung einzubeziehen:

1. Schriftliche Befragung aller Gemeinden im Kanton Aargau
2. Befragung der integrationsrelevanten kantonalen Regelstrukturen in Form von Interviews und Experten-Workshops
3. Hearings in Form von sechs regionalen Runden Tischen mit Anbietern von Integrationsmassnahmen sowie Migrantenorganisationen.

Die schriftliche Befragung der 220 Gemeinden² im Kanton Aargau wurde im Auftrag des Amtes für Migration und Integration durch das Beratungsunternehmen KEK-CDC Consultants durchgeführt.

1.2 Ziele

Ziel der Gemeindebefragung war es, dem Kanton einen Überblick über die Angebote der Integrationsförderung von Ausländerinnen und Ausländern in den Gemeinden zu ermöglichen sowie die Einschätzung des Bedarfs nach zusätzlichen Massnahmen aus Sicht der Gemeinden zu eruieren.

Die Befragung der Gemeinden konzentrierte sich auf folgende acht, durch den Kanton definierte Themenfelder:

1. Zuständigkeit für Integrationsfragen in den Gemeinden
2. Informationstätigkeit gegenüber der Gesamtbevölkerung
3. Information der Neuzuziehenden
4. Deutschkurse für Erwachsene
5. Frühe Förderung für anderssprachige Kinder im Vorschulbereich
6. Angebote zur sozialen Integration (Angebote für Begegnung und Austausch)
7. Interkulturelles Übersetzen

¹ Vgl. dazu: Bundesamt für Migration/Konferenz der Kantonsregierungen (2011): Spezifische Integrationsförderung als Verbundaufgabe Bund-Kantone. Grundlagenpapier vom 23. November 2011 im Hinblick auf den Abschluss von Programmvereinbarungen nach Art. 20a SuG.

² Stand im 2011

8. Prioritärer Handlungsbedarf, geplante Massnahmen und Unterstützungsmöglichkeiten durch den Kanton

In den Themenfeldern 1-7 wurde der Bestand erhoben, in den Themenfeldern 2-7 zusätzlich der Bedarf an Massnahmen aus Sicht der Gemeinden. Themenfeld 8 war offen formuliert.

1.3 Vorgehen

Die Gemeinden wurden im Juni 2011 schriftlich vom Regierungsrat über die Befragung vorinformiert und gebeten, eine kommunale Ansprechperson für die Befragung zu benennen. 64% der Gemeinden gaben die Gemeindeschreiberin bzw. den Gemeindeschreiber als Ansprechperson an, 13% eine Gemeinderätin bzw. einen Gemeinderat. Die übrigen Gemeinden gaben die Gemeindeammännin bzw. den Gemeindeammann, die Einwohnerdienste, die Sozialen Dienste oder andere spezialisierte Dienste an.³ Elf Gemeinden benannten keine Ansprechperson.

Den benannten Ansprechpersonen wurde der Fragebogen direkt zugestellt, bei den übrigen 11 Gemeinden ging der Fragebogen an die Gemeindeverwaltung.

Die Ansprechpersonen für die Umfrage waren im Voraus aufgefordert worden, ihre Antworten mit dem Gemeinderat abzustimmen, um die politische Abstützung der Antworten sicher zu stellen.

Die Befragung wurde zwischen dem 28. September und dem 4. November 2011 mit Hilfe eines Online-Fragebogens durchgeführt. Vorgängig war ein Pretest in 4 Gemeinden unterschiedlicher Grösse durchgeführt worden.

Die Ergebnisse dieser Gemeindebefragung werden im vorliegenden Bericht zusammenfassend dargestellt. Das detaillierte Zahlenmaterial zu den Umfrageergebnissen und zu deren Auswertung liegt der Auftraggeberin vor.

1.4 Rücklauf

Von den 220 Gemeinden beantworteten 199 Gemeinden den Fragebogen vollständig. Dies entspricht einem Rücklauf von 90.5%.⁴ Dieser Rücklauf ist für eine Online-Befragung sehr hoch. Dennoch interessiert, wer die nicht-antwortenden Gemeinden (21 bzw. 9.5%) sind bzw. inwiefern diese die Aussagekraft der Befragungsergebnisse beeinflussen könnten.

Die 21 nicht-antwortenden Gemeinden sind kleinere Gemeinden (11 Gemeinden mit weniger als 1'000 Einwohnenden, 6 Gemeinden mit 1'000-1'999 Einwohnenden, 4 Gemeinden mit 2'000-4'999 Einwohnenden) sowie Gemeinden mit einem Ausländeranteil unter 20% (6 Gemeinden mit weniger als 10% Ausländeranteil; 15 Gemeinden mit einem Ausländeranteil von 10-19.9%) und insbesondere Gemeinden mit einem niedrigen Ausländeranteil ohne Deutschsprachige (17 Gemeinden unter 10%, 4 Gemeinden mit 10-19.9%). Umgekehrt haben sich alle grossen Gemeinden (Gesamtbevölkerung über 5'000 Einwohnenden) sowie alle Gemeinden mit einem Ausländeranteil (mit und ohne Deutschsprachige) von 20% und mehr an der Umfrage beteiligt.

³ Leiter Sektion Jugend/Jugendkoordination, Leiter Kinder / Jugend / Familie, Präsidentin Integrationskommission, Leiterin SVA-Zweigstelle, Leiter Fachstelle Prävention und Integration

⁴ Eine weitere Gemeinde füllte den Fragebogen teilweise aus, schloss die Befragung aber nicht ab und wurde daher nicht in die Auswertung einbezogen. Eine weitere Gemeinde wollte sich aufgrund der bevorstehenden Fusionierung mit einer anderen Gemeinde nicht an der Umfrage beteiligen.

In jeder dieser Gemeindekategorien (nach Einwohnerzahl und Ausländeranteil) liegt der Rücklauf aber bei mindestens 83.8%. Damit ist aufgrund der Umfrageergebnisse eine umfassende Darstellung der aktuellen Angebotssituation und der Bedarfseinschätzung in Bezug auf Massnahmen zur Integrationsförderung von Ausländerinnen und Ausländern aus der Sicht der Gemeinden möglich.

1.5 Aussagekraft der Ergebnisse

Die Ergebnisse der Gemeindebefragung zeigen den *Bestand an Integrationsangeboten gemäss Wissensstand der kommunalen Behörden/Verwaltungen* in den sieben weiter oben aufgeführten Themenfeldern auf. Dabei kann die Nennung einzelner Angebote vergessen worden sein, dennoch dürften die Antworten einen guten Überblick über den Angebotsbestand geben.

Erfasst wurde ausschliesslich, ob es in den Gemeinden Angebote im jeweiligen Themenbereich gibt, mengenmässige und qualitative Aussagen zu den Angeboten waren hingegen nicht Gegenstand dieser Umfrage und hätten die Möglichkeit einer so breit angelegten Befragung gesprengt. Daher ist es nicht möglich, aus den gewonnenen Daten Aussagen hinsichtlich der Quantität oder der Qualität der bereits existierenden Angebote zu machen. Dieser Umstand muss in die Bewertung und die Verwendung der Ergebnisse mit einbezogen werden.

Die Ergebnisse der *Bedarfserhebung* zeigen ausschliesslich den *von den Gemeinden, im Idealfall den vom Gemeinderat wahrgenommenen Bedarf* an zusätzlichen Integrationsmassnahmen in den befragten Themenfeldern auf. In den wenigen Gemeinden, die über ein kommunales Integrationskonzept verfügen, dürfte sich diese Bedarfswahrnehmung vermutlich auf vertiefte Vorarbeiten stützen, in den übrigen Gemeinden hingegen vermutlich eher eine Grobeinschätzung der kommunalen Behörde/Verwaltung wiedergeben. Aufgrund der hohen Rücklaufquote dürften die vorliegenden Ergebnisse aber ein aussagekräftiges Bild des Bedarfs aus Sicht der Gemeinden darstellen.

1.6 Auswertung und Darstellung der Ergebnisse

Die 220 Gemeinden des Kantons Aargau weisen sehr unterschiedliche Grössen in Bezug auf ihre Gesamtbevölkerung (von 135 Einwohnenden in Gallenkirch bis 20'095 in Wettingen) und in Bezug auf den Anteil der dort lebenden ständigen ausländischen Wohnbevölkerung auf (von 0.62% in Wiliberg bis 49.98% in Spreitenbach). So haben 124 der Aargauer Gemeinden (also mehr als die Hälfte) eine Bevölkerungszahl von weniger als 2'000 Einwohnenden. 62 Gemeinden haben einen Ausländeranteil unter 10% und insgesamt 158 Gemeinden einen Ausländeranteil unter 20% Demgegenüber haben 62 Gemeinden einen Ausländeranteil von über 20%.

KEK-CDC Consultants gingen davon aus, dass diese Faktoren in den Gemeinden die Wahrnehmung der Integrationsthematik, aber auch den Bedarf an und die Möglichkeiten für konkrete Angebote zur Integrationsförderung beeinflussen. Diese Ausgangshypothese bestätigte sich auch durch eine Vielzahl von Bemerkungen, die in der Umfrage angebracht wurden. So zum Beispiel die Aussage einiger Gemeinden, dass sie eine sehr kleine Gemeinde seien oder einen sehr kleinen Ausländeranteil haben und daher kaum Integrationsprobleme und spezielle Angebote hätten.

- Es wurden daher für die Auswertung der Umfrageergebnisse fünf Gemeindegruppen nach Gesamtbevölkerungszahl und vier Gemeindegruppen nach Ausländeranteil gebildet. Wo es relevante Hinweise auf Unterschiede entlang dieser Gemeindegruppen gibt, werden die Ergebnisse entsprechend dargestellt.

Im Kanton Aargau beträgt der Anteil der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung an der Gesamtbevölkerung per 30. Juni 2011 21.8%.⁵ Die ausländische Wohnbevölkerung ist heterogen zusammengesetzt, insbesondere bezüglich der nationalen Herkunft, des Qualifikationsstandes, der Deutschkenntnisse, der Kenntnisse der hiesigen Kultur und unter anderem als Folge dieser Faktoren auch bezüglich der Voraussetzungen der Einzelnen zur Integration in das Gemeindeleben und bezüglich ihres Unterstützungsbedarfs. Der Versuch einer *Typologienbildung der ausländischen Wohnbevölkerung* in Bezug auf den Bedarf an Massnahmen der Integrationsförderung würde zwar einer Bedarfseinschätzung mehr Tiefenschärfe geben, wäre aber im Rahmen der vorliegenden Befragung willkürlich. So wäre es willkürlich zu behaupten, Personen gewisser Herkunftsländer bräuchten keine Informationen über das Leben im Kanton Aargau oder sie bräuchten keine Angebote für Begegnung und Austausch. Es erscheint aber plausibel, dass deutschsprachige ausländische Personen aufgrund ihrer Sprache und kulturellen Nähe zur Schweiz einerseits in den Gemeinden nicht oder weniger mit Integrationsproblemen in Zusammenhang gebracht werden, und sie andererseits auch in Bezug auf einzelne in dieser Umfrage berücksichtigten Bereiche der Integrationsförderung eindeutig keinen Unterstützungsbedarf haben (Bedarf an Deutschkursen; Bedarf an Angeboten der Frühen Förderung die auf Sprachförderung für anderssprachige Kinder abzielen; Bedarf an interkulturellem Übersetzen).

- Daher wird in der vorliegenden Auswertung je nach Thema auch Bezug genommen auf den Ausländeranteil der Gemeinden ohne deutschsprachige ausländische Wohnbevölkerung (d.h. ohne Personen deutscher und österreichischer Nationalität).⁶

Wie die in den folgenden Kapiteln dargestellten Ergebnisse zeigen, sind das Angebot und die Bedarfswahrnehmung zwischen den Gemeinden sehr unterschiedlich. Es stellte sich daher die Frage, wie die Angebote in den Gemeinden und die Bedarfsmeldungen der Gemeinden im Hinblick auf den *Anteil der betroffenen ausländischen Personen und den Anteil der betroffenen Gesamtbevölkerung des Kantons Aargau* zu gewichten sind. Eine solche Gewichtung ist sinnvoll, weil durch das Hinzuziehen von Bevölkerungszahlen (im Gegensatz zur blossen Anzahl Gemeinden) in der Zusatzanalyse sichtbar gemacht werden kann, wie viele Personen der Gesamtbevölkerung und insbesondere wie viele Ausländerinnen und Ausländer effektiv von den Angeboten und den Bedarfsmeldungen betroffen sind.

Die Umfrageergebnisse zeigen zudem, dass es eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Gemeinden gibt, die den Bedarf nach zusätzlichen Angeboten nicht einschätzen können (je nach Themenbereich zwischen 11% und 25% der antwortenden Gemeinden). Bei diesen Gemeinden muss zumindest potentiell von einem Bedarf ausgegangen werden. Dieser muss in die Planung des kantonalen Integrationsprogrammes berücksichtigt werden. Unter „potentiellem Bedarf“ werden im Folgenden daher nicht nur die expliziten Bedarfsmeldungen der Gemeinden dargestellt, sondern auch die Antwort "keine Einschätzung möglich" hinzu genommen. Es wird damit die *Spannbreite der von einem potentiellen Bedarf betroffenen Ausländerinnen und Ausländer* und die *Spannbreite der betroffenen Gesamtbevölkerung des Kantons Aargau* errechnet.

- In der vorliegenden Auswertung werden die Antworten der Gemeinden ergänzend kommentiert mit dem Anteil der anderssprachigen ausländischen Bevölkerung und dem Anteil der Gesamtbevölkerung des Kantons Aargau, die von den Angeboten und einem potentiellen Bedarf betroffen sind.

⁵ Vgl. <http://www.ag.ch/staag/daten/B01/index.html> (Zugriff: 7.12.11)

⁶ Der Anteil der Personen deutscher und österreichischer Herkunft macht im Kanton Aargau insgesamt 22.9% aller Personen ausländischer Nationalität aus (Stand 31.8.2011). Ihr Anteil variiert zwischen den Gemeinden ebenfalls stark (von 0.0% in Wiliberg bis 86.5% in Bettwil). Insgesamt 34 Gemeinden haben einen Ausländeranteil (ohne Deutschsprachige) von über 20%. Vgl. <http://www.ag.ch/staag/daten/B01/index.html> (Zugriff: 7.12.11)

2 Ergebnisse der Gemeindebefragung

2.1 Verankerung der Integrationsthematik in den Gemeinden

2.1.1 Zuständigkeit in der Gemeinde

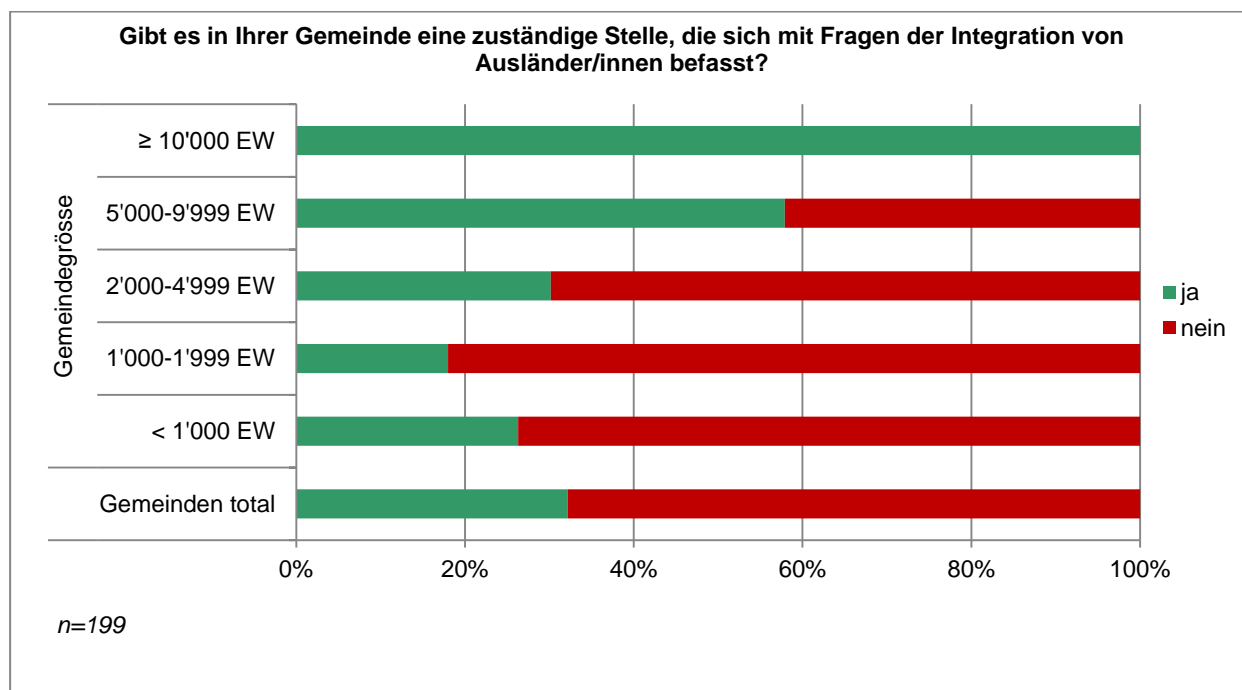


Abbildung 1: Definierte Zuständigkeit für Integrationsfragen in den Gemeinden

Knapp ein Drittel der Gemeinden (64 von 199 antwortenden Gemeinden) geben an, dass es in ihrer Gemeinde eine oder mehrere zuständige Stellen bzw. Gremien gibt, die sich mit der Frage der Integration von Ausländerinnen und Ausländern befassen. Dies ist insbesondere bei *allen* Gemeinden mit mehr als 10'000 Einwohnenden der Fall, hingegen seltener bei Gemeinden unter 2'000 Einwohnenden (bei rund 22% dieser Gemeindekategorien). 29 von 62 Gemeinden mit einem Ausländeranteil von 20% und mehr (rund 47% dieser Gemeindekategorien) haben eine zuständige Stelle bzw. ein zuständiges Gremium definiert. Bei den Gemeinden mit einem Ausländeranteil unter 20% sind es 35 Gemeinden (bzw. rund 26% dieser Gemeindekategorien).

Je nach Gemeindegrösse ist die Zuständigkeit unterschiedlich ausdifferenziert bzw. spezialisiert. In Gemeinden bis zu 5'000 Einwohnenden ist vor allem der Gesamt-Gemeinderat zuständig für Integrationsfragen. In Gemeinden mit mehr als 5'000 Einwohnenden ist mehrheitlich eine Fachperson bzw. eine Fachstelle innerhalb der Verwaltung, oft in Kombination mit dem Gesamt-Gemeinderat, zuständig.

Das gleiche Bild zeigt sich in Bezug auf den Ausländeranteil – je höher der Ausländeranteil desto ausdifferenzierter bzw. spezialisierter ist die Zuständigkeit. In Gemeinden mit niedrigem Ausländeranteil (unter 20%) ist vor allem der Gesamt-Gemeinderat zuständig (in 23 von 35 Gemeinden), in Gemeinden mit grösserem Ausländeranteil (über 20%) ist es eine zuständige Fachperson/Fachstelle (in 12 von 29 Gemeinden) und/oder der Gesamtgemeinderat (8 von 29 Gemeinden) und/oder eine Gemeinderätliche Kommission (7 von 29 Gemeinden). 9 dieser Gemeinden bezeichnen auch zusätzliche spezielle Gefässe.⁷

⁷ Bei dieser Frage waren Mehrfachnennungen möglich.

2.1.2 Kommunale Konzepte zur Integrationsförderung

Konzepte zur Integrationsförderung gibt es im Kanton Aargau in 6 Gemeinden (Bad Zurzach, Küttigen, Niederlenz, Spreitenbach, Villmergen, Wohlen). 14 weitere Gemeinden gaben an, ein solches sei in Planung (Baden, Birr, Böttstein, Brugg, Buchs, Lengnau, Leutwil, Mumpf, Obersiggenthal, Oftringen, Rheinfelden, Suhr, Untersiggenthal, Zofingen).

2.2 Information der Bevölkerung

Gemäss Art. 56 Abs. 3 AuG⁸ ist es Aufgabe des Bundes, der Kantone und der Gemeinden, die Bevölkerung über die Migrationspolitik und die besondere Situation der Ausländerinnen und Ausländer zu informieren. Es interessierte daher im Rahmen dieser Befragung, inwiefern die Gemeinden diese Aufgabe wahrnehmen.

2.2.1 Aktuelle Informationstätigkeiten der Gemeinden

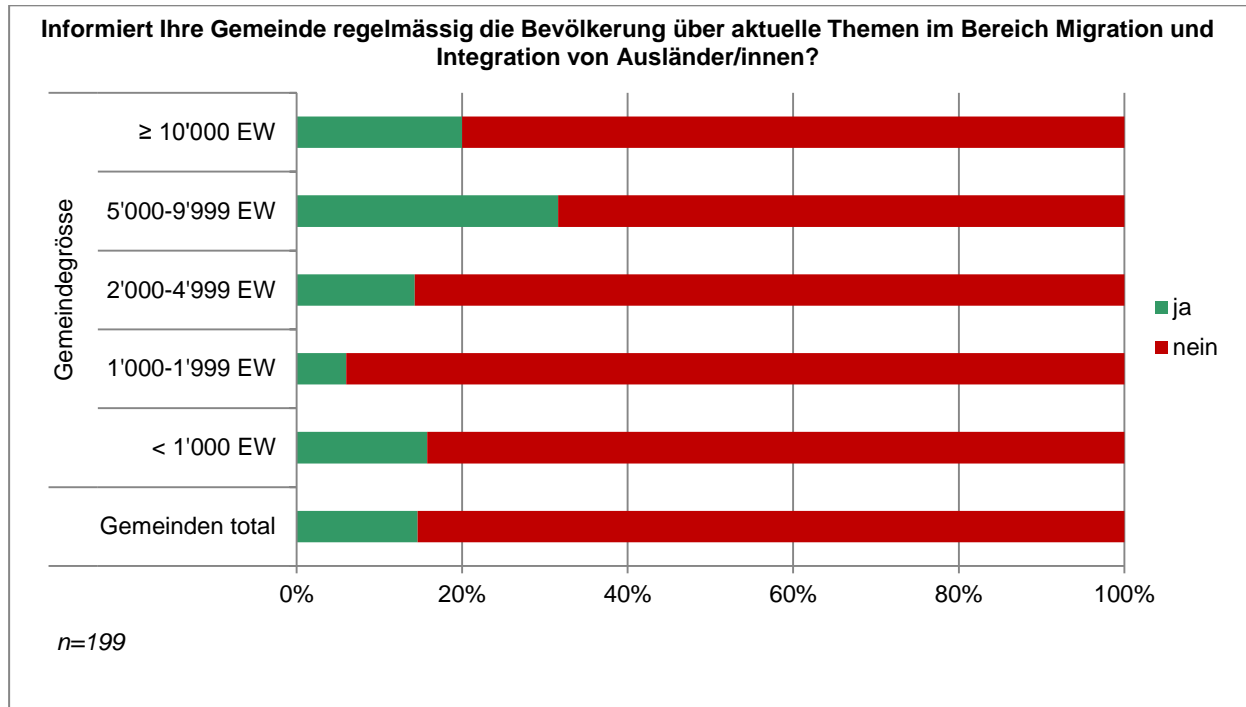


Abbildung 2: Information der Bevölkerung in den Gemeinden

Rund 85% der Gemeinden (170 von 199 antwortenden Gemeinden) informieren ihre Bevölkerung nicht regelmässig über aktuelle Themen im Bereich Migration und Integration, rund 15% (29) der antwortenden Gemeinden informieren regelmässig. In diesen 29 Gemeinden leben 25% aller anderssprachigen Ausländerinnen und Ausländer und rund 19% der Gesamtbevölkerung des Kantons Aargau.

Vor allem Gemeinden mit einem Ausländeranteil über 20% (16 von 62 Gemeinden in dieser Kategorie) informieren ihre Gemeindebevölkerung regelmässig über aktuelle Themen im Bereich Migration und Integration.

Diese 29 Gemeinden informieren am häufigsten über das jeweilige Publikationsorgan der Gemeinde, gefolgt von der Information via Gemeinde-Homepage. Insbesondere kleinere Gemeinden informieren unter anderem auch an Gemeindeversammlungen.

⁸ AuG: Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer

2.2.2 Aktueller Bedarf aus Sicht der Gemeinden

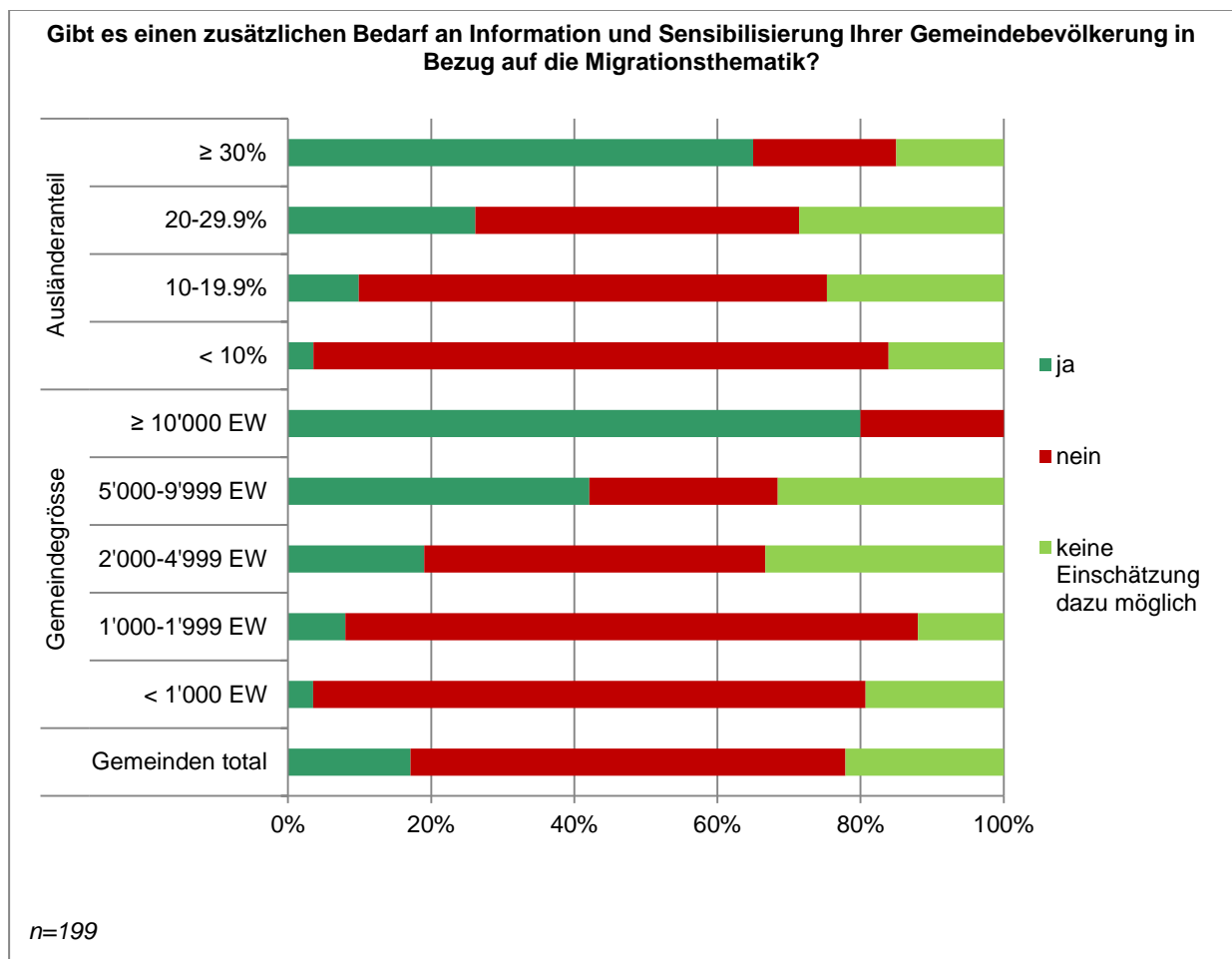


Abbildung 3: Bedarf an Information und Sensibilisierung der Gemeindebevölkerung

34 Gemeinden (rund 17% der antwortenden Gemeinden) sehen einen zusätzlichen Informationsbedarf ihrer Gemeindebevölkerung in Bezug auf die Migrationsthematik. Rund 61% der antwortenden Gemeinden (121 von 199) sehen keinen solchen. 22% oder 44 Gemeinden konnten dazu keine Einschätzung abgeben. Zusammenfassend kann damit gesagt werden, dass in 34 – 78 Gemeinden aus Sicht dieser Gemeinden ein zumindest potentieller Bedarf an zusätzlicher Information und Sensibilisierung der Gemeindebevölkerung besteht. In diesen Gemeinden leben aktuell 44% - 66% aller anderssprachigen Ausländerinnen und Ausländer und 38% - 57% der Gesamtbevölkerung des Kantons Aargau.

Es zeigt sich deutlich: Je grösser die Gemeinde und je höher ihr Ausländeranteil ist, desto eher wird ein Informationsbedarf für die Gemeindebevölkerung wahrgenommen. Von den 34 Gemeinden, die einen zusätzlichen Informationsbedarf für ihre Gemeindebevölkerung sehen, informieren 25 nicht aktiv. 9 Gemeinden informieren, sehen aber einen zusätzlichen Bedarf.

Am häufigsten wird die Verbreitung von Informationen über eine kantonsweite Homepage (von 19 Gemeinden) und über die regelmässige Berichterstattung in der Presse (von 18 Gemeinden) gewünscht. Ein kantonaler Newsletter wurde von 15 Gemeinden gewünscht. Drei Gemeinden schlagen vor, Broschüren oder Flyer mit Informationen für sämtliche Haushalte oder in verschiedenen Sprachen spezifisch für die ausländische Wohnbevölkerung zu verteilen.⁹

⁹ Bei dieser Frage waren Mehrfachnennungen möglich.

Die Verteilung der gewünschten Form der Informationen kann aufgrund der niedrigen Gesamtzahl der antwortenden Gemeinden nicht weitergehend nach Gemeindetyp ausgewertet werden.

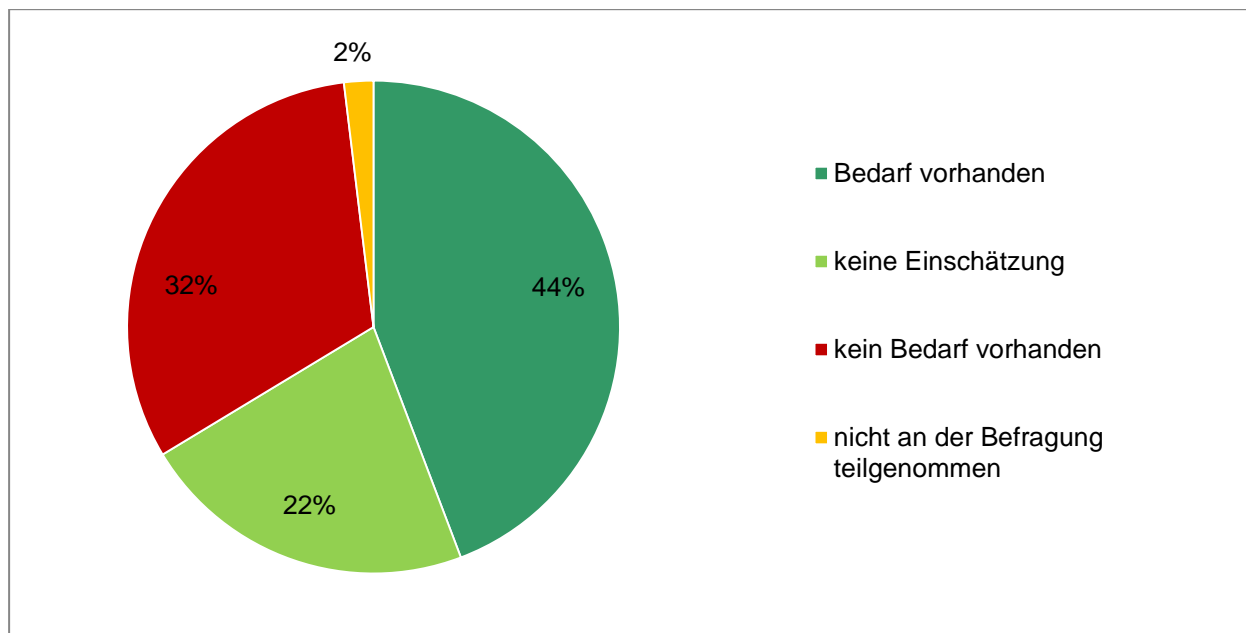


Abbildung 4: Anteil der von der Bedarfsmeldung in Bezug auf Information und Sensibilisierung der Gemeindebevölkerung betroffenen anderssprachigen Ausländerinnen und Ausländer im Kanton Aargau

2.2.3 Bekanntheit der aktuellen Informationsgefässe MIX und Newsletter AIA

Es gibt derzeit zwei vom Kanton Aargau mitfinanzierte Informationsgefässe über die Migrations-thematik: die interkantonale Migrationszeitung MIX¹⁰ sowie den Newsletter der Anlaufstelle In-tegration Aargau AIA.¹¹ Von Interesse sind daher für den Kanton der Bekanntheitsgrad und der Stellenwert dieser beiden Informationsgefässe einerseits für die Gemeindeverwaltung, anderer-seits für die Gemeindebevölkerung. Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass die dies-bezüglichen Ergebnisse die Einschätzung der antwortenden Gemeinden wieder geben und die-se nicht unbedingt dem tatsächlichen Bekanntheitsgrad bzw. dem Stellenwert der beiden Infor-mationsgefässe bei der jeweiligen Leserschaft entsprechen.

Die Migrationszeitung MIX ist bei 55% der Antwortenden, der Newsletter der Anlaufstelle In-tegration Aargau bei 24% der Antwortenden bekannt. Am bekanntesten sind beide in den Ge-meinden mit mehr als 10'000 Einwohnenden und mit mindestens 30% Ausländeranteil.

Insgesamt wird der Stellenwert von MIX und AIA-Newsletter – wo er überhaupt eingeschätzt werden konnte - als klein wahrgenommen, wobei er jeweils für die Verwaltung als etwas höher eingeschätzt wird als für die Gemeindebevölkerung. Bezüglich der Einschätzung des Stellen-

¹⁰ MIX erscheint seit Juni 2000 in der Regel zweimal jährlich. Zum Zeitpunkt der Befragung waren insgesamt 21 Ausgaben er-schienen. Nebst den Gemeinden werden Institutionen und Verbände mit mehreren Exemplaren von MIX beliefert. Weiter erhalten die Grossräte sowie Personen aus dem Umfeld der Integrationsarbeit (Netzwerke, interessierte Einzelpersonen etc.) MIX. Hingegen geht MIX nicht automatisch an alle Haushalte der Gemeinde. Wer sich für MIX interessiert, kann es gratis abonnieren.

¹¹ Unter dem Namen „Anlaufstelle Integration Aargau“ besteht ein gemeinnütziger Verein mit Sitz in Aarau. Der Verein betreibt im Auftrag von Bund und Kanton die verwaltungsexterne Fachstelle Integration als Ansprech- und Vermittlungsstelle sowie als Drehscheibe für integrationsrelevante Fragen und Angebote. Der AIA-Newsletter ist noch relativ jung, er erscheint seit Septem-ber 2010. Vgl. www.integrationaargau.ch

werts von MIX und AIA-Newsletter als Informationsquelle unterscheiden sich die verschiedenen Gemeindekategorien nicht massgeblich.

2.3 Information der Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger

Gemäss den Vorgaben des Bundes und der Kantonsregierungen¹² soll die Information von aus dem Ausland neu zuziehenden Personen verstärkt werden. Es interessierte daher die diesbezügliche Situation in den Gemeinden.

2.3.1 Aktuelle Informationstätigkeiten der Gemeinden gegenüber Neuzuziehenden

195 Gemeinden (98% der antwortenden Gemeinden) geben grundsätzlich Informationen an Neuzuziehende ab. In diesen 195 Gemeinden leben 95% der Gesamtbevölkerung und 98% der anderssprachigen Ausländerinnen und Ausländer des Kantons Aargau.

Zwei der übrigen Gemeinden planen derzeit, in Zukunft Informationen systematisch abzugeben, die übrigen zwei Gemeinden sehen diesbezüglich keinen Bedarf.

Alle diese 195 Gemeinden geben die Informationen systematisch in *schriftlicher* Form ab. Dabei stellen Informationspakete und die Gemeinde-Homepage die häufigste Informationsform dar. In 13 Gemeinden stehen die abgegebenen Informationen (vollständig oder teilweise) in mehreren Sprachen zur Verfügung. In 179 Gemeinden sind diese Informationen ausschliesslich auf Deutsch vorhanden.¹³

174 Gemeinden (rund 87% der antwortenden Gemeinden) geben zusätzlich systematisch *mündliche* Informationen ab. Drei weitere geben an, dies zwar nicht systematisch, aber bei Bedarf zu machen.

Die Einwohnerkontrolle stellt in allen diesen Gemeinden ein zentraler Ort der Informationsvermittlung dar. Je grösser die Gemeinde, desto häufiger werden auch Veranstaltungen für Neuzuziehende angeboten, allerdings nur in einer Gemeinde (Wohlen) eine spezifische Veranstaltung für anderssprachige Neuzuziehende mit Übersetzung in andere Sprachen.¹⁴ Auch Gemeinden mit einem Ausländeranteil von weniger als 10% bieten zu gut 60% eine Veranstaltung für Neuzuziehende an, die Gemeinden mit grösserem Ausländeranteil zu knapp 72%.

Es werden von den Gemeinden – mit Ausnahme von Wohlen – keine spezifischen Veranstaltungen für anderssprachige Neuzuziehende mit Übersetzung angeboten. Damit stellt sich die Frage, wie gut mit den durchgeführten Veranstaltungen die Anderssprachigen erreicht werden.

¹² Vgl. dazu: Bundesamt für Migration/Konferenz der Kantonsregierungen (2011): Spezifische Integrationsförderung als Verbundaufgabe Bund-Kantone. Grundlagenpapier vom 23. November 2011 im Hinblick auf den Abschluss von Programmvereinbarungen nach Art. 20a SuG. S. 3

¹³ Weitere 3 Gemeinden, die angegeben haben schriftliche Informationen abzugeben, haben die Frage nach der verfügbaren Sprache nicht beantwortet.

¹⁴ Spreitenbach führt zweimal im Jahr Treffen mit Migrantinnen und Migranten durch. Landsleute nehmen Fragen, Anregungen und Probleme in 8 Sprachen auf, die zum Teil am selben Abend, zum Teil an der nächsten Veranstaltung beantwortet werden.

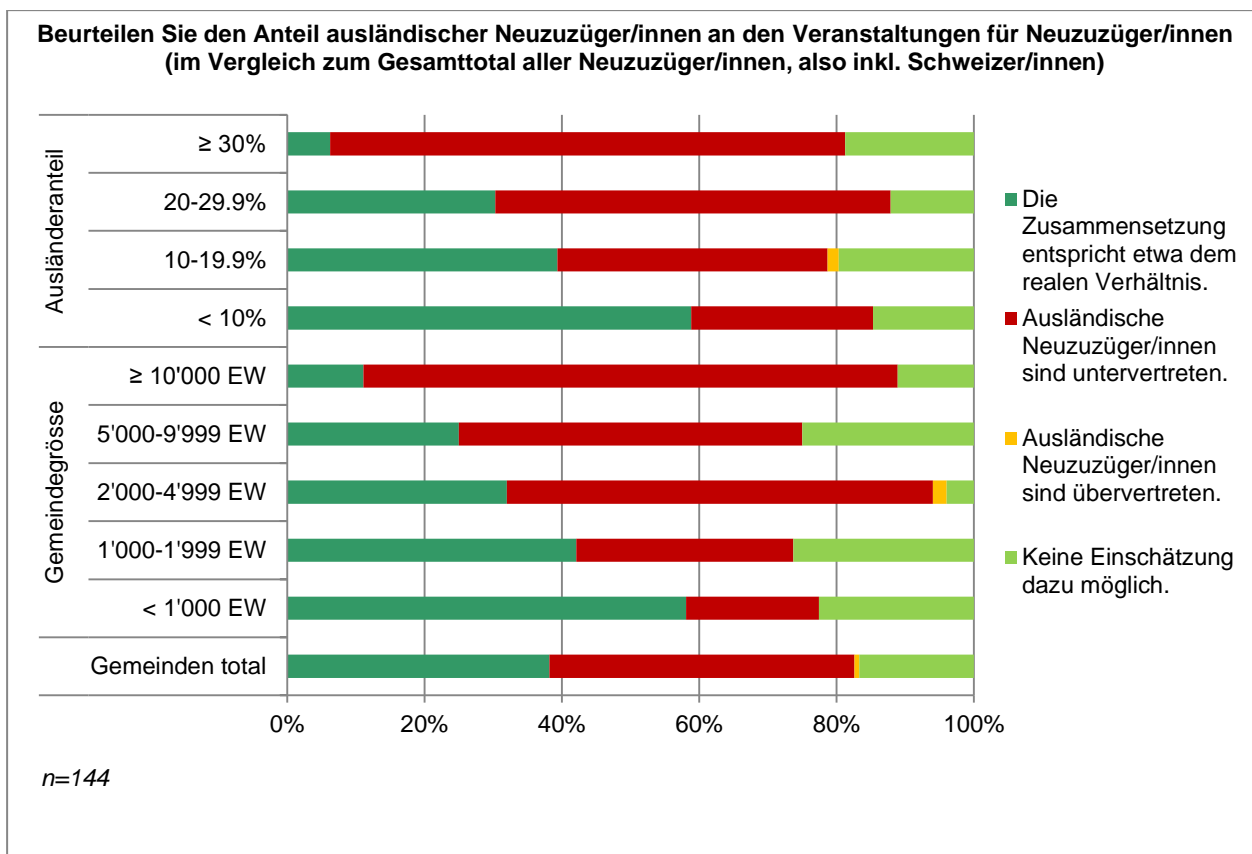


Abbildung 5: Zusammensetzung an den Veranstaltungen für Neuzuzüger/innen¹⁵

Vor allem kleinere Gemeinden und Gemeinden mit einem kleinen Ausländeranteil geben an, dass der Anteil ausländischer Neuzuziehender etwa demjenigen ihrer Anwesenheit an den Informationsveranstaltungen entspricht. Je grösser die Gemeinde und je höher der Ausländeranteil in der Gemeinde ist, desto eher sind die ausländischen Neuzuziehenden an den Veranstaltungen untervertreten.

Einzelne Gemeinden planen im Bereich der Information Neues. Baden plant ein Pilotprojekt „Erstinformation“. Dottikon wird den nächsten Neuzuzüger-Anlass im Jahr 2012 in Zusammenarbeit mit Toolbox speziell auf ausländische Neuzuziehende ausrichten (Pilotprojekt Willkommenskultur). Oftringen plant ein Netzwerk von Kulturvermittlern aufzubauen, die bei Bedarf bzw. auf Wunsch zu Neuzuziehenden nach Hause gehen und bei diesem Besuch die wichtigsten Dinge über die Gemeinde in der Heimatsprache der Migrantinnen und Migranten erklären können.

2.3.2 Interesse der Gemeinden an kantonaler Unterstützung

147 der antwortenden Gemeinden (rund 74%) sind interessiert an Unterstützung durch den Kanton in Bezug auf Informationsmaterial. Hauptsächliches Interesse bekunden sie an einer Broschüre (50%), an einer kantonalen Homepage (38%) mit kantonsweit gültigen Informationen zu Schule, Gesundheit etc. oder an einer Informationsmappe mit der Möglichkeit zur Ergänzung mit spezifischem Gemeindematerial (31%).¹⁶

¹⁵ 144 Gemeinden haben diese Frage beantwortet, obwohl nur 134 eine Neuzuzügerveranstaltung durchführen.

¹⁶ Bei dieser Frage waren Mehrfachnennungen möglich.

Die Meldung nach Unterstützungsbedarf in Bezug auf Informationsmaterial betrifft insgesamt 83% der anderssprachigen ausländischen Wohnbevölkerung und 77% der Gesamtbevölkerung des Kantons Aargau.

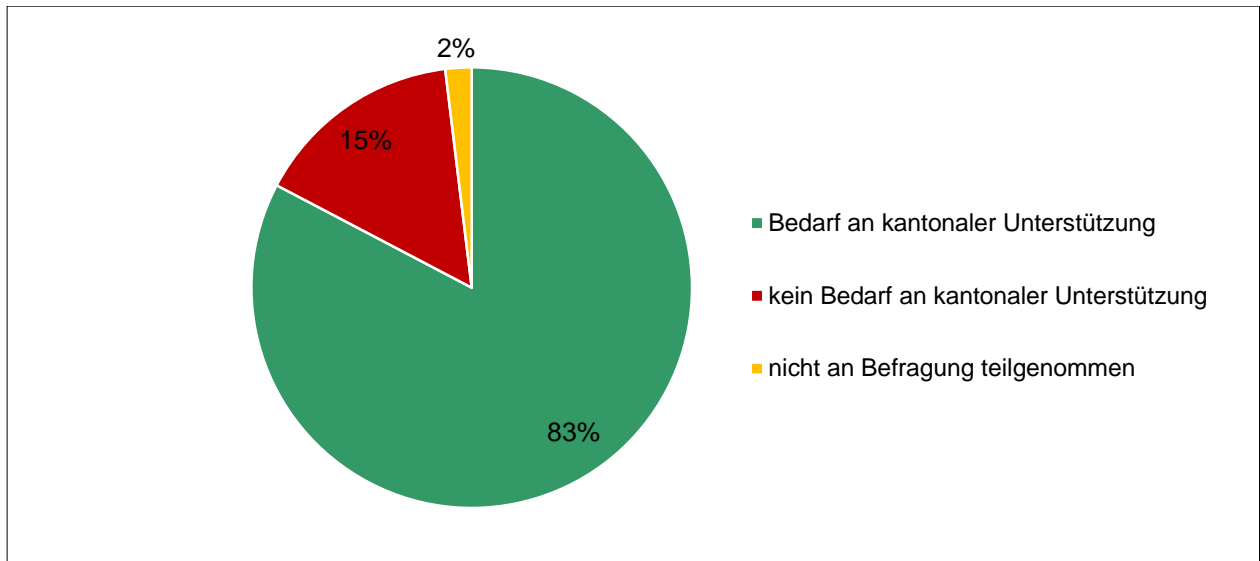


Abbildung 6: Anteil der von den Bedarfsmeldungen in Bezug auf Informationsmaterial betroffenen anderssprachigen Ausländerinnen und Ausländer im Kanton Aargau

Sieben Gemeinden weisen darauf hin einen so kleinen Ausländeranteil zu haben, dass sie keine Informationsangebote benötigen. Drei Gemeinden geben an, dass es bereits genügend Informationen gebe. Fünf Gemeinden weisen explizit darauf hin, dass solche Angebote keine Kostenfolge für die Gemeinde haben dürften. Andere weisen darauf hin, dass es schon verschiedene Homepages zum Thema gibt und diese gut koordiniert werden sollten. Vor einer Informationsüberflutung wird gewarnt. Eine Gemeinde regt an, dass die Informations-Optimierung mit den Berufsverbänden der kommunalen Verwaltungen abgesprochen werden soll.

2.4 Deutschkurse

Ein weiterer Schwerpunkt in der zukünftigen Ausrichtung der spezifischen Integrationsförderung ist die Förderung von Sprachkenntnissen bei Ausländerinnen und Ausländern.¹⁷

2.4.1 Aktuelles Angebot an Deutschkursen in den Gemeinden

In 69 Gemeinden (rund 35% der antwortenden Gemeinden) gibt es ein Angebot an Deutschkursen für anderssprachige Ausländerinnen und Ausländer. Insbesondere die grösseren Gemeinden mit mehr als 5'000 Einwohnenden und die Gemeinden mit einem Ausländeranteil über 10%¹⁸ verfügen oft über solche Angebote.

In diesen 69 Gemeinden leben 62% der Gesamtbevölkerung und 74% aller anderssprachigen Ausländerinnen und Ausländer des Kantons Aargau. Für die Mehrheit der anderssprachigen Ausländerinnen und Ausländer besteht also grundsätzlich ein Angebot an Deutschkursen, wobei damit nichts über die tatsächliche Anzahl an Kursplätzen und damit nichts über den individuellen Zugang zu den Deutschkursen gesagt werden kann.

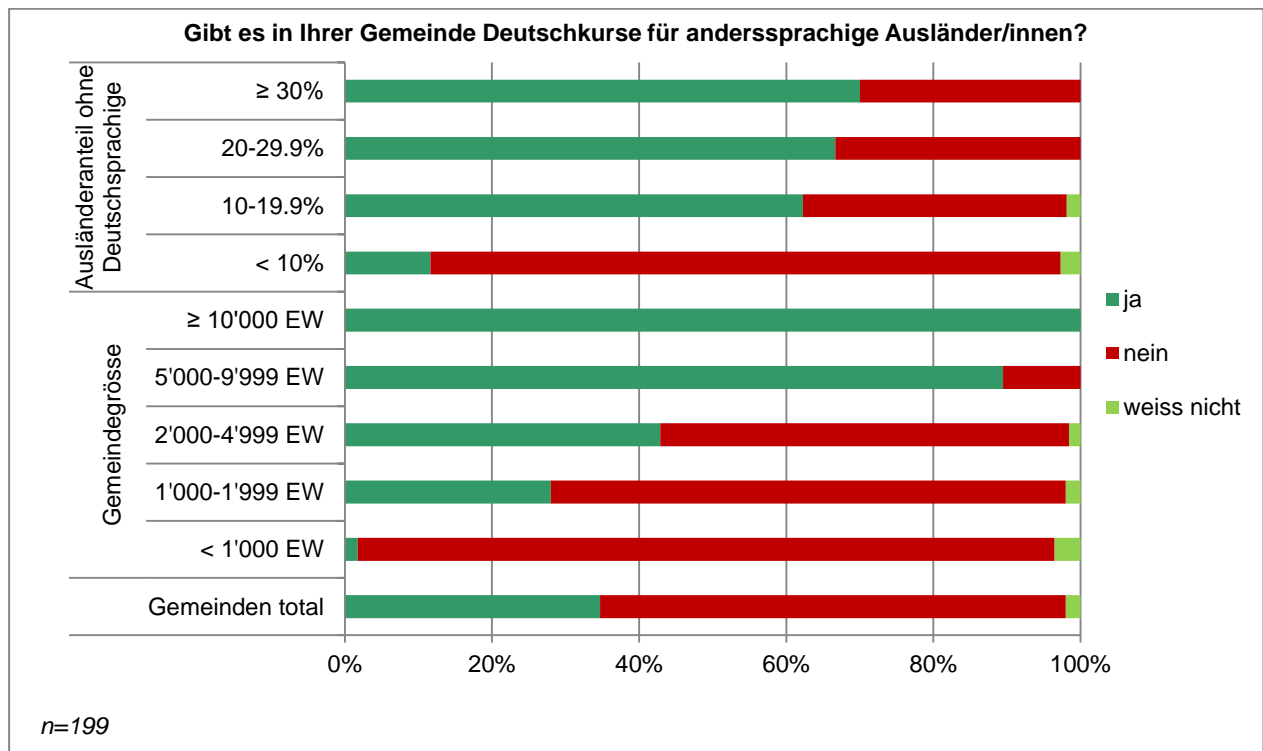


Abbildung 7: Angebot an Deutschkursen für anderssprachige Ausländer/innen

Für die Deutschkurse gibt es eine Vielzahl von Anbietern wie die Machbar Bildungs-GmbH Aarau, die Stiftung ECAP, die Migros, Lingua Nova, Vereine und Netzwerke, öffentliche Schulen oder vereinzelt auch die Gemeinde selbst. 5 Gemeinden gaben an, Sprachkurse in Kooperation mit anderen Gemeinden anzubieten.

¹⁷ Vgl. dazu: Bundesamt für Migration/Konferenz der Kantonsregierungen (2011): Spezifische Integrationsförderung als Verbundaufgabe Bund-Kantone. Grundlagenpapier vom 23. November 2011 im Hinblick auf den Abschluss von Programmvereinbarungen nach Art. 20a SuG. S. 4

¹⁸ Hier wird Bezug genommen auf den Ausländeranteil ohne deutschsprachige.

52 der Gemeinden, in welchen Deutschkurse angeboten werden, finanzieren diese mit. Die Art der Mitfinanzierung ist heterogen (individuelle Kursbeiträge, Sockelbeitrag an Anbieter, kostenloses zur Verfügung stellen von Räumen).

2.4.2 Aktueller Bedarf aus Sicht der Gemeinden

144 Gemeinden (rund 72% der antwortenden Gemeinden) geben an, keinen aktuell nicht abgedeckten Bedarf an Deutschkursen zu haben.

8 Gemeinden melden einen zusätzlichen Bedarf. 47 weitere Gemeinden geben an, keine Einschätzung zum Bedarf an Deutschkursen machen zu können. Zusammenfassend kann damit gesagt werden, dass in 8 - 55 Gemeinden aus Sicht der Gemeinden ein zumindest potentieller zusätzlicher Bedarf an Deutschkursen besteht. In diesen Gemeinden leben aktuell 18% - 51% aller anderssprachigen Ausländerinnen und Ausländer und 12% - 40% der Gesamtbevölkerung des Kantons Aargau.

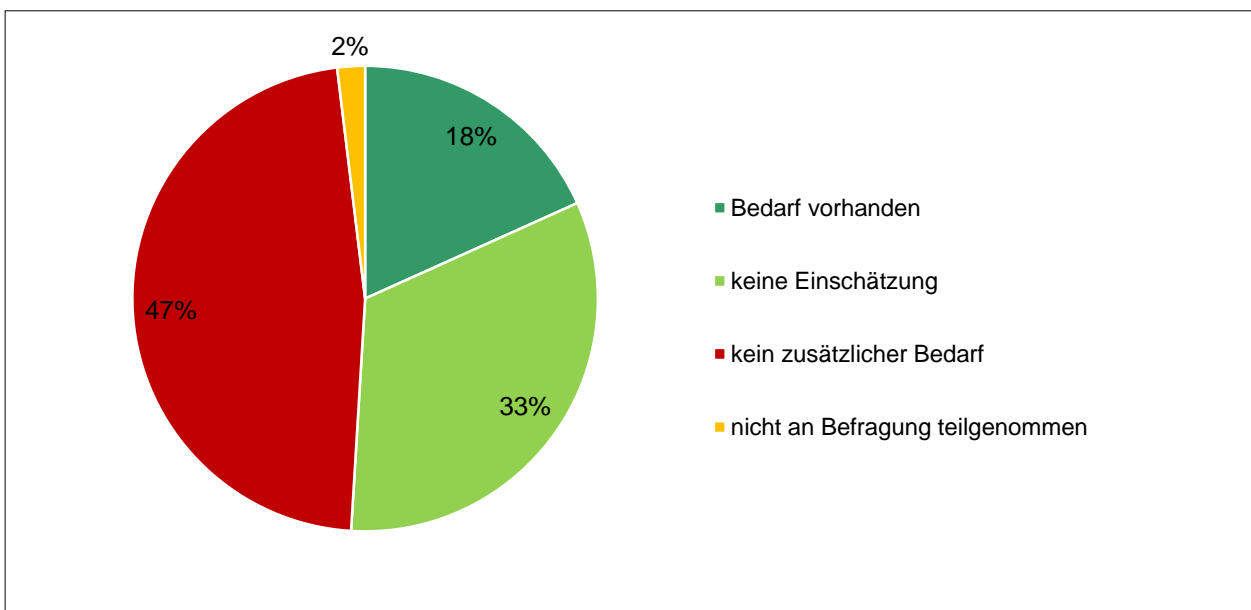


Abbildung 8: Anteil der von den Bedarfsmeldungen in Bezug auf Deutschkurse betroffenen anderssprachigen Ausländerinnen und Ausländer im Kanton Aargau

2.5 Frühe Förderung

Ein weiterer Schwerpunkt in der zukünftigen Ausrichtung der spezifischen Integrationsförderung ist die Förderung des chancengleichen Zugangs zu Angeboten der Frühen Förderung für Migrantenfamilien.¹⁹ Die Gemeinden wurden daher auch zu diesem Themenbereich befragt.

2.5.1 Aktuelles Angebot an Früher Förderung in den Gemeinden

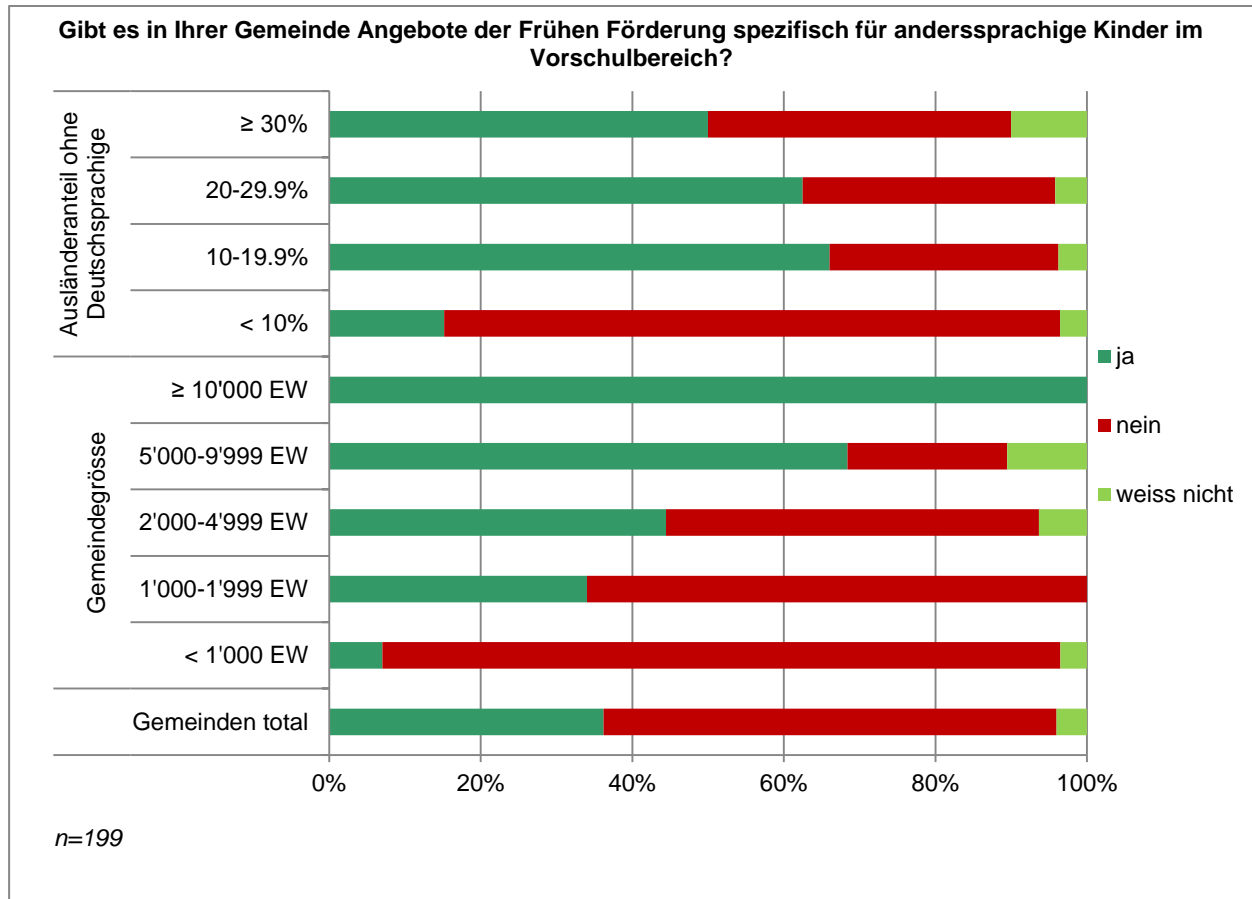


Abbildung 9: Angebot im Bereich der Frühen Förderung

72 Gemeinden (rund 36% der antwortenden Gemeinden) verfügen über Angebote der Frühen Förderung für anderssprachige Kinder. Es sind dies insbesondere die Gemeinden mit mehr als 5'000 Einwohnenden. In diesen 72 Gemeinden leben 68% aller anderssprachigen Ausländerinnen und Ausländer und rund 58% der gesamten Wohnbevölkerung des Kantons Aargau. Auch in diesem Bereich kann aufgrund dieser Umfrage keine Aussage über die Quantität der vorhandenen Plätze und über die Qualität der Angebote gemacht werden (vgl. Kapitel 1.5).

Insgesamt 65 dieser Gemeinden finanzieren die Angebote in unterschiedlicher Form mit (Kostenbeteiligung im individuellen Bedarfsfall in 40 Gemeinden, Sockelbeiträge an die Anbieter in 25 Gemeinden, kostenloses zur Verfügung stellen von Räumen in 37 Gemeinden oder eine Kombination dieser Formen²⁰).

¹⁹ Vgl. dazu: Bundesamt für Migration/Konferenz der Kantonsregierungen (2011): Spezifische Integrationsförderung als Verbundaufgabe Bund-Kantone. Grundlagenpapier vom 23. November 2011 im Hinblick auf den Abschluss von Programmvereinbarungen nach Art. 20a SuG. S. 4

²⁰ Bei dieser Frage waren Mehrfachnennungen möglich.

2.5.2 Aktueller Bedarf aus Sicht der Gemeinden

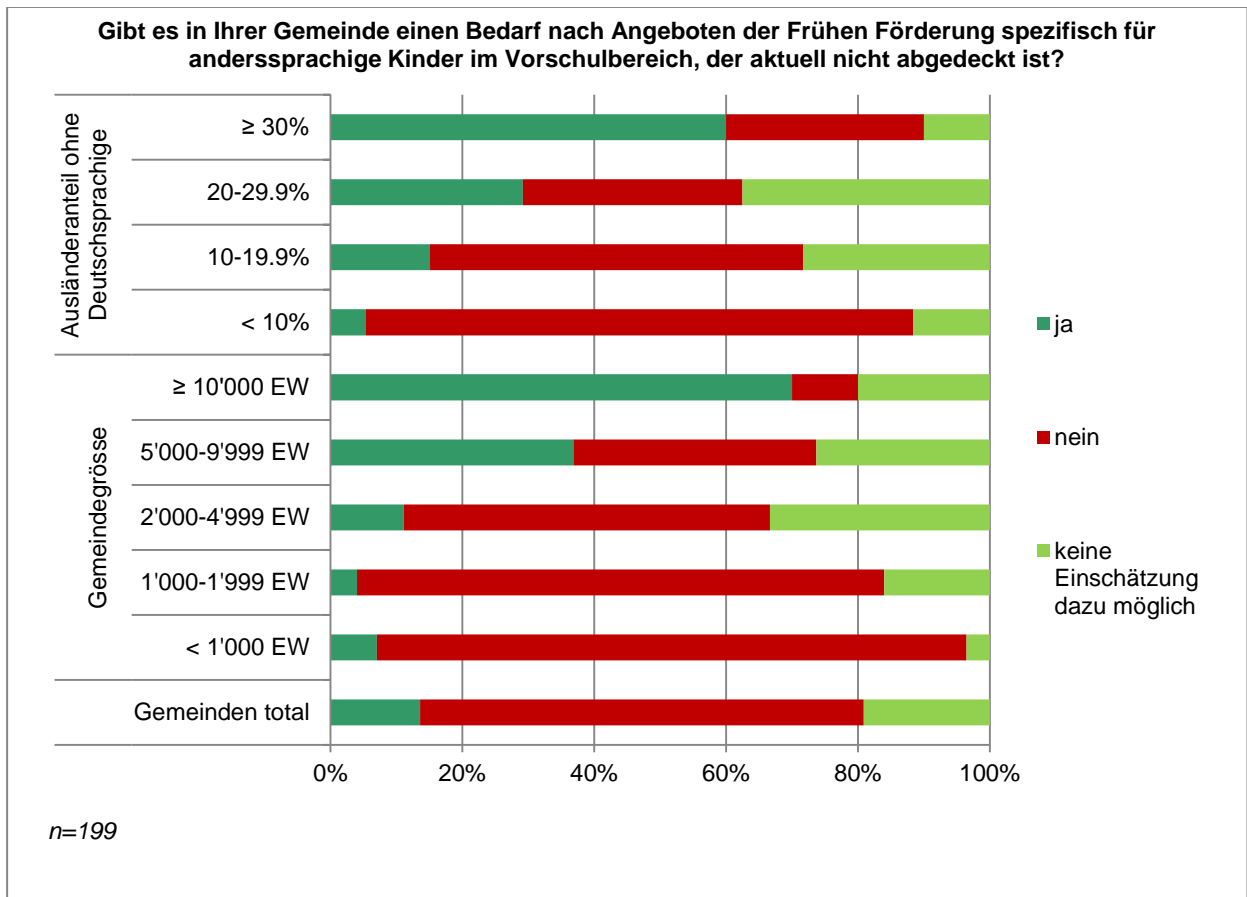


Abbildung 10: Aktuell nicht abgedeckter Bedarf nach Angeboten der Frühen Förderung

27 Gemeinden melden einen aktuellen Bedarf, der zurzeit nicht abgedeckt werden könne. In diesen 27 Gemeinden leben rund 37% der anderssprachigen ausländischen Bevölkerung und 28% der Gesamtbevölkerung des Kantons Aargau. Weitere 38 Gemeinden konnten dies nicht einschätzen. Hier leben 27% der anderssprachigen ausländischen Bevölkerung und 25% der Gesamtbevölkerung des Kantons Aargau.

In diesen insgesamt 65 Gemeinden ist demnach zumindest potentiell von einem aktuell nicht abgedeckten Bedarf auszugehen. 53% der gesamten Wohnbevölkerung und 64% der anderssprachigen Ausländerinnen und Ausländer des Kantons Aargau leben in diesen Gemeinden.

Je grösser die Gemeinden sind und je höher ihr Ausländeranteil ist (mit oder ohne deutschsprachige Ausländerinnen und Ausländer), desto eher melden sie einen nicht abgedeckten Bedarf an Angeboten der Frühen Förderung für anderssprachige Kinder.

2.5.3 Bedarfsentwicklung aus Sicht der Gemeinden

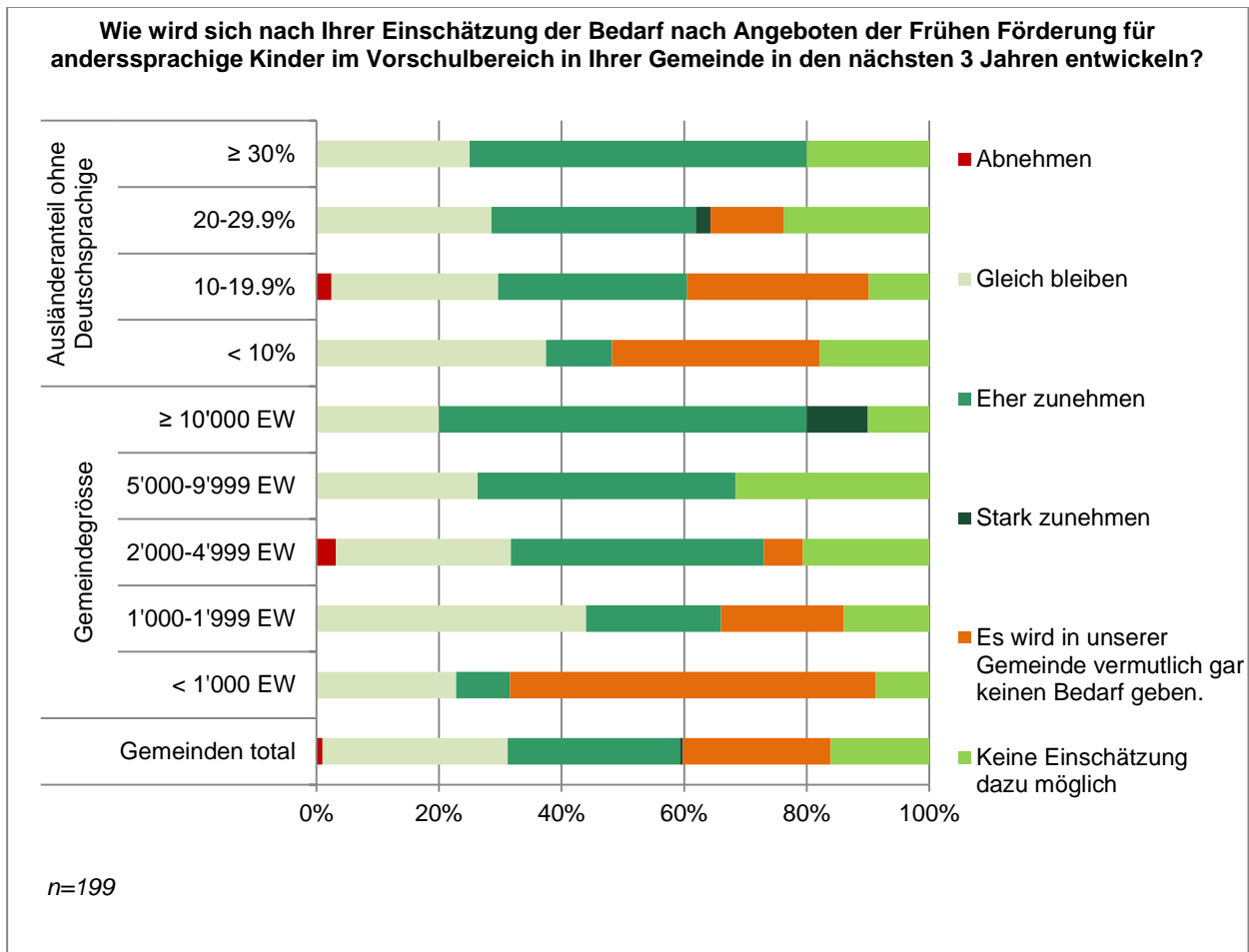


Abbildung 11: Bedarfsentwicklung im Bereich Frühe Förderung

Die Einschätzungen bezüglich des zukünftigen Bedarfs an Angeboten zur Frühen Förderung für anderssprachige Kinder sind heterogen - auch wenn man sie innerhalb der jeweiligen Gemeindekategorie betrachtet.

57 Gemeinden melden, dass sie für die kommenden drei Jahre von einem steigenden Bedarf nach Angeboten der Frühen Förderung für anderssprachige Kinder ausgehen (in diesen 57 Gemeinden leben 43% der gesamten Wohnbevölkerung und 49% der anderssprachigen Ausländerinnen und Ausländer des Kantons Aargau). Weitere 32 Gemeinden geben an, dass sie die Bedarfsentwicklung nicht einschätzen können.

In insgesamt 89 Gemeinden kann also von einem zumindest potentiell zunehmenden Bedarf ausgegangen werden. In diesen Gemeinden leben insgesamt rund 61% der gesamten Wohnbevölkerung und 70% der anderssprachigen ausländischen Bevölkerung des Kantons Aargau.

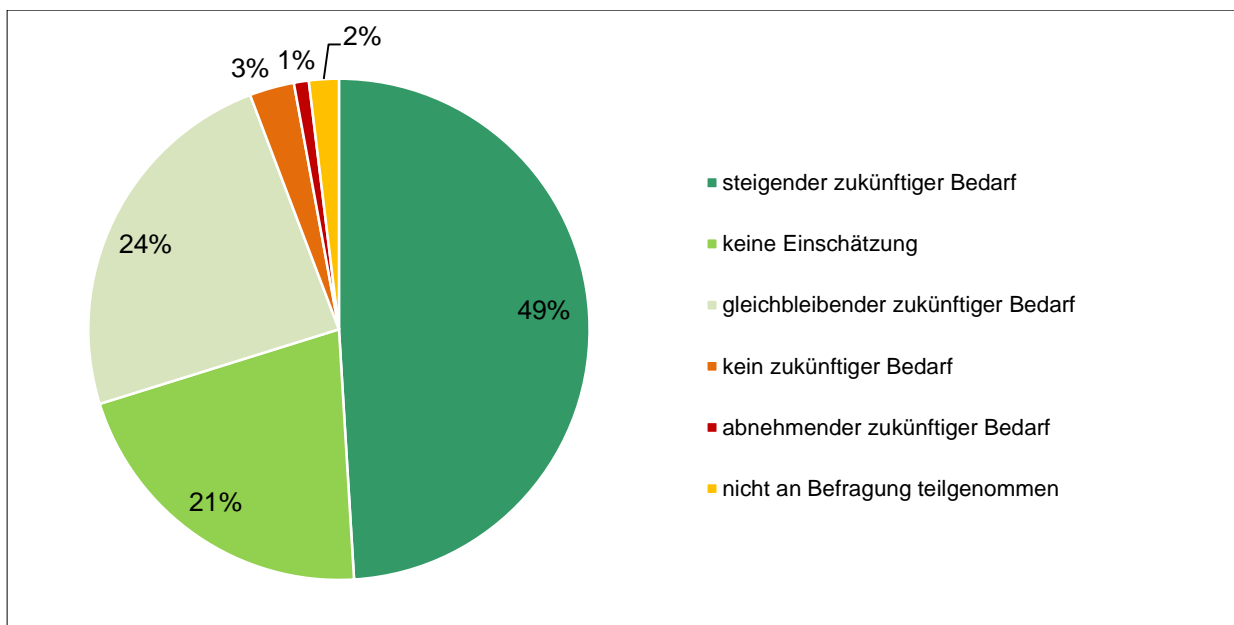


Abbildung 12: Anteil der von den Bedarfsmeldungen in Bezug auf Frühe Förderung betroffenen anderssprachigen Ausländerinnen und Ausländer im Kanton Aargau

2.6 Soziale Integration: Angebote im Bereich Begegnung und Austausch

Ein weiterer Schwerpunkt in der zukünftigen Ausrichtung der spezifischen Integrationsförderung ist die Förderung der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben in der Nachbarschaft, im Quartier sowie in zivilgesellschaftlichen Organisationen.²¹ Die Befragung fokussierte in diesem Bereich auf Angebote zur Begegnung und zum Austausch in den Gemeinden.

2.6.1 Aktuelles Angebot im Bereich soziale Integration aus Sicht der Gemeinden

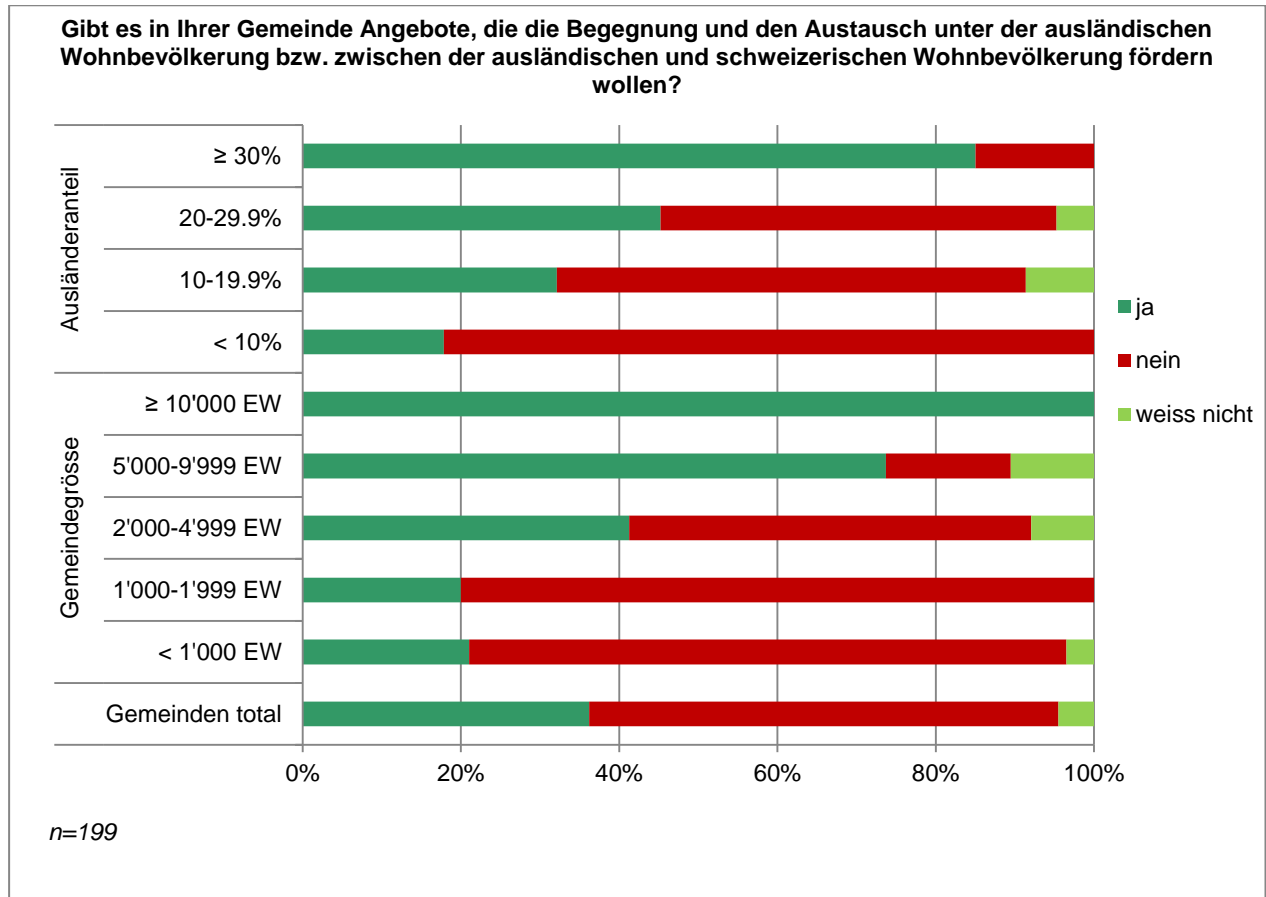


Abbildung 13: Angebote im Bereich soziale Integration

72 Gemeinden im Kanton Aargau (rund 36% der antwortenden Gemeinden) verfügen über Angebote zur Begegnung und zum Austausch. Es sind dies insbesondere die Gemeinden mit einer Gesamtbevölkerung über 5'000 Einwohnenden. In diesen Gemeinden leben rund 59% der Gesamtbevölkerung und rund 72% der anderssprachigen ausländischen Bevölkerung des Kantons Aargau. Wie schon in den vorher dargestellten Themenbereichen lässt sich auch hier nichts über die Quantität der in diesen Angeboten vorhandenen Plätze oder die Qualität der Angebote aussagen (vgl. Kapitel 1.5).

Als häufigste Angebote werden von den Gemeinden genannt: Vereine, insbesondere auch Ausländer- und Kulturvereine, Dorfanlässe und Begegnungsmöglichkeiten für Eltern.

²¹ Vgl. dazu: Bundesamt für Migration/Konferenz der Kantonsregierungen (2011): Spezifische Integrationsförderung als Verbundaufgabe Bund-Kantone. Grundlagenpapier vom 23. November 2011 im Hinblick auf den Abschluss von Programmvereinbarungen nach Art. 20a SuG. S. 4

61 dieser Gemeinden finanzieren die Angebote zumindest teilweise mit, 11 Gemeinden beteiligen sich nicht finanziell an den Angeboten. Als Finanzierungsformen wurden genannt: kostenlos zur Verfügung stellen von Räumen (39 Gemeinden), wiederkehrende Sockelbeiträge (33 Gemeinden), punktuelle Beiträge (32 Gemeinden).²²

2.6.2 Aktueller Bedarf aus Sicht der Gemeinden

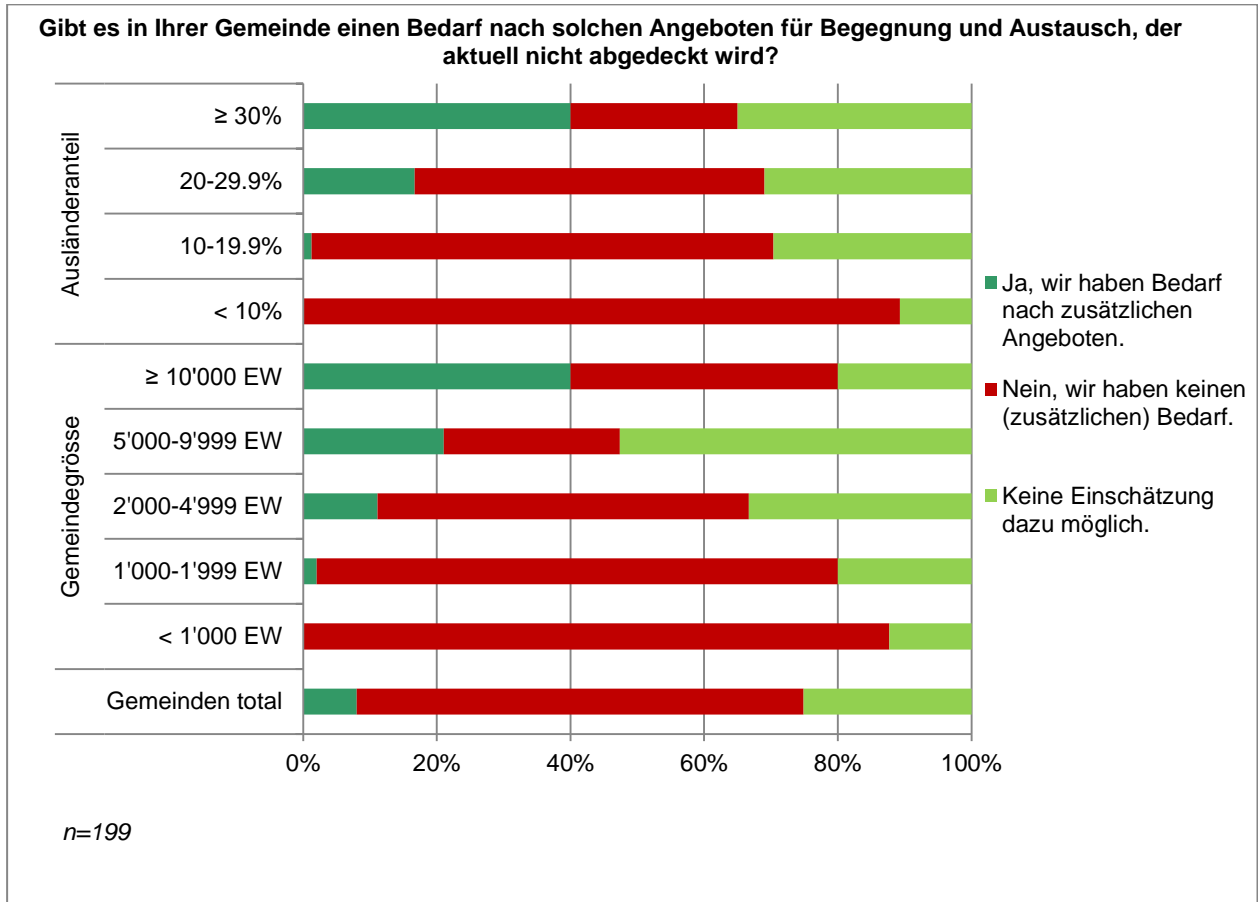


Abbildung 14: Bedarf nach zusätzlichen Angeboten im Bereich Begegnung und Austausch

16 Gemeinden geben an, dass sie einen zusätzlichen Bedarf nach Angeboten für Begegnung und Austausch in ihrer Gemeinde sehen. Es sind dies insbesondere Gemeinden mit mehr als 5'000 Einwohnenden. In diesen Gemeinden leben 18% der Gesamtbevölkerung und 26% der anderssprachigen ausländischen Bevölkerung des Kantons Aargau.

Weitere 50 Gemeinden können den Bedarf nicht einschätzen. In diesen 50 Gemeinden, bei denen also zumindest von einem potentiellen Bedarf ausgegangen werden kann, leben 31% der Gesamtbevölkerung und 32% der anderssprachigen ausländischen Bevölkerung.

Insgesamt haben also 66 Gemeinden einen mindestens potentiellen Bedarf nach zusätzlichen Angeboten für Begegnung und Austausch. Dies betrifft bis zu 49% der Gesamtbevölkerung und bis zu 58% der anderssprachigen Ausländerinnen und Ausländer des Kantons Aargau.

²² Bei dieser Frage waren Mehrfachnennungen möglich.

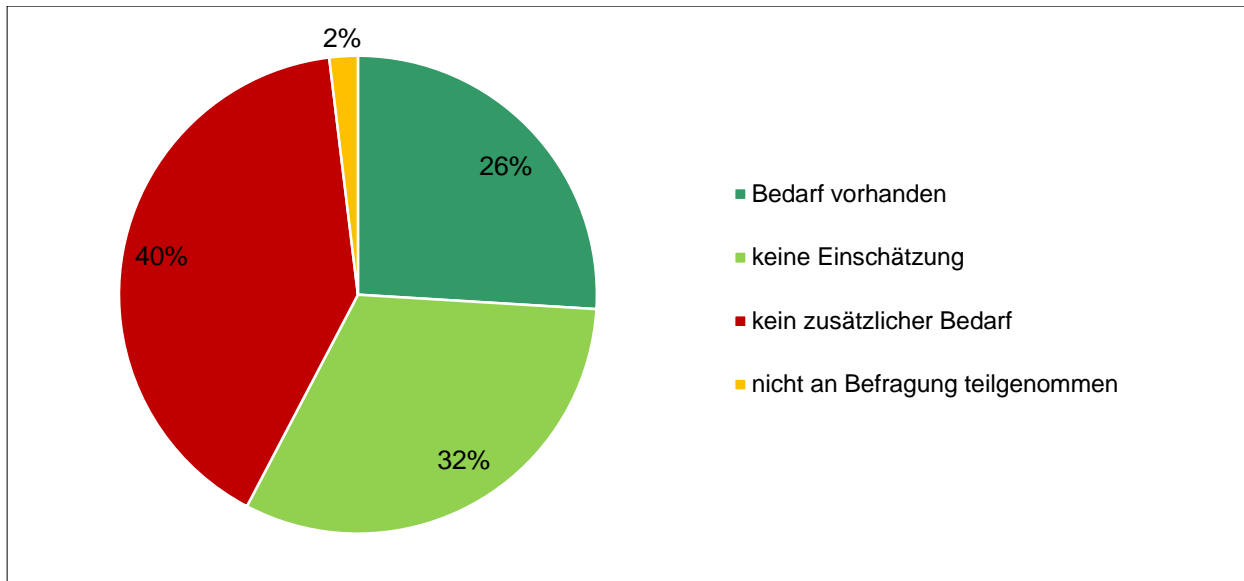


Abbildung 15: Anteil der von den Bedarfsmeldungen in Bezug auf Angebote für Begegnung und Austausch betroffenen anderssprachigen Ausländerinnen und Ausländer im Kanton Aargau

Einzelne Gemeinden kommentieren in der Gemeindebefragung explizit einen Handlungsbedarf bei der Verbesserung der Integration von Ausländerinnen und Ausländern ins Gemeindeleben, insbesondere bei der Verbesserung des Einbezugs von Ausländerinnen und Ausländern in das Vereinsleben und bei der Integration von Jugendlichen in das Gemeindeleben.

2.7 Interkulturelles Übersetzen

Gemäss Bund und Konferenz der Kantonsregierungen ist ein weiterer zukünftiger Förderschwerpunkt das interkulturelle Übersetzen mit folgendem Ziel: „Migrantinnen und Migranten sowie Mitarbeitende von Regelstrukturen verfügen in besonderen Gesprächssituationen (komplexe Sachverhalte, sehr persönliche Themen, Verwaltungsverfahren) über ein Vermittlungsangebot für qualitativ hochwertige Dienstleistungen im Bereich des interkulturellen Übersetzens.“²³ Auch hierzu interessierte daher die Situation in den Gemeinden.

2.7.1 Aktueller Einsatz von interkulturellem Übersetzen in den Gemeinden

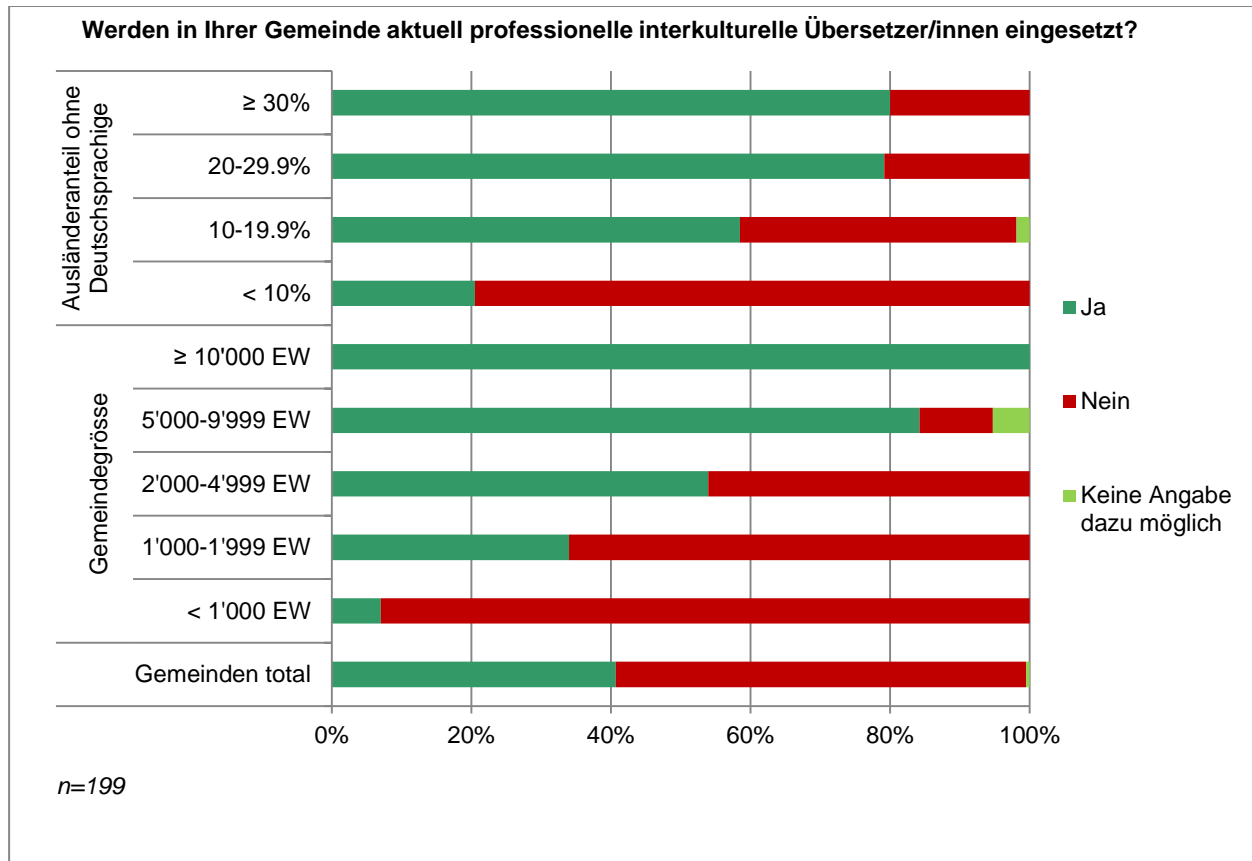


Abbildung 16: Einsatz von interkulturellem Übersetzen

81 Gemeinden (rund 40% der antwortenden Gemeinden) setzen interkulturelles Übersetzen ein. Es ist dies insbesondere in den grösseren Gemeinden und in Gemeinden mit einem höheren Ausländeranteil der Fall. In diesen 81 Gemeinden leben rund 80'000 (oder 77%) der anderssprachigen Ausländerinnen und Ausländer und 64% der Gesamtbevölkerung des Kantons Aargau. Über den quantitativen Einsatz des interkulturellen Übersetzens in den jeweiligen Gemeinden kann aufgrund dieser Umfrage keine Aussage gemacht werden (vgl. Kapitel 1.5).

75% dieser 81 Gemeinden setzen interkulturelles Übersetzen im Sozial- und Vormundschaftsbereich sowie in der Schule und im Kindergarten ein. 16% setzen interkulturelles Übersetzen in der Gemeindeverwaltung ein und 12% bei der Polizei.²⁴

²³ Bundesamt für Migration/Konferenz der Kantonsregierungen (2011): Spezifische Integrationsförderung als Verbundaufgabe Bund-Kantone. Grundlagenpapier vom 23. November 2011 im Hinblick auf den Abschluss von Programmvereinbarungen nach Art. 20a SuG. S. 4

²⁴ Bei dieser Frage waren Mehrfachnennungen möglich.

76 dieser Gemeinden finanzieren das interkulturelle Übersetzen zumindest teilweise mit, 5 Gemeinden beteiligen sich nicht finanziell daran.

117 Gemeinden geben an, aktuell kein interkulturelles Übersetzen einzusetzen. Als Grund dafür geben 113 Gemeinden an, dass kein Bedarf danach bestehe (davon 10 Gemeinden in Kombination damit, dass auch keine finanziellen Ressourcen dafür im Budget vorgesehen seien). Diese Gemeinden finden sich in allen Gemeindekategorien, also auch in Gemeinden mit einem hohen anderssprachigen Ausländeranteil. Nur eine Gemeinde, die aktuell kein interkulturelles Übersetzen einsetzt, gibt als ausschliesslichen Grund an, dass hierfür keine finanziellen Ressourcen im Budget vorgesehen seien.²⁵

2.7.2 Bedarfsentwicklung aus Sicht der Gemeinden

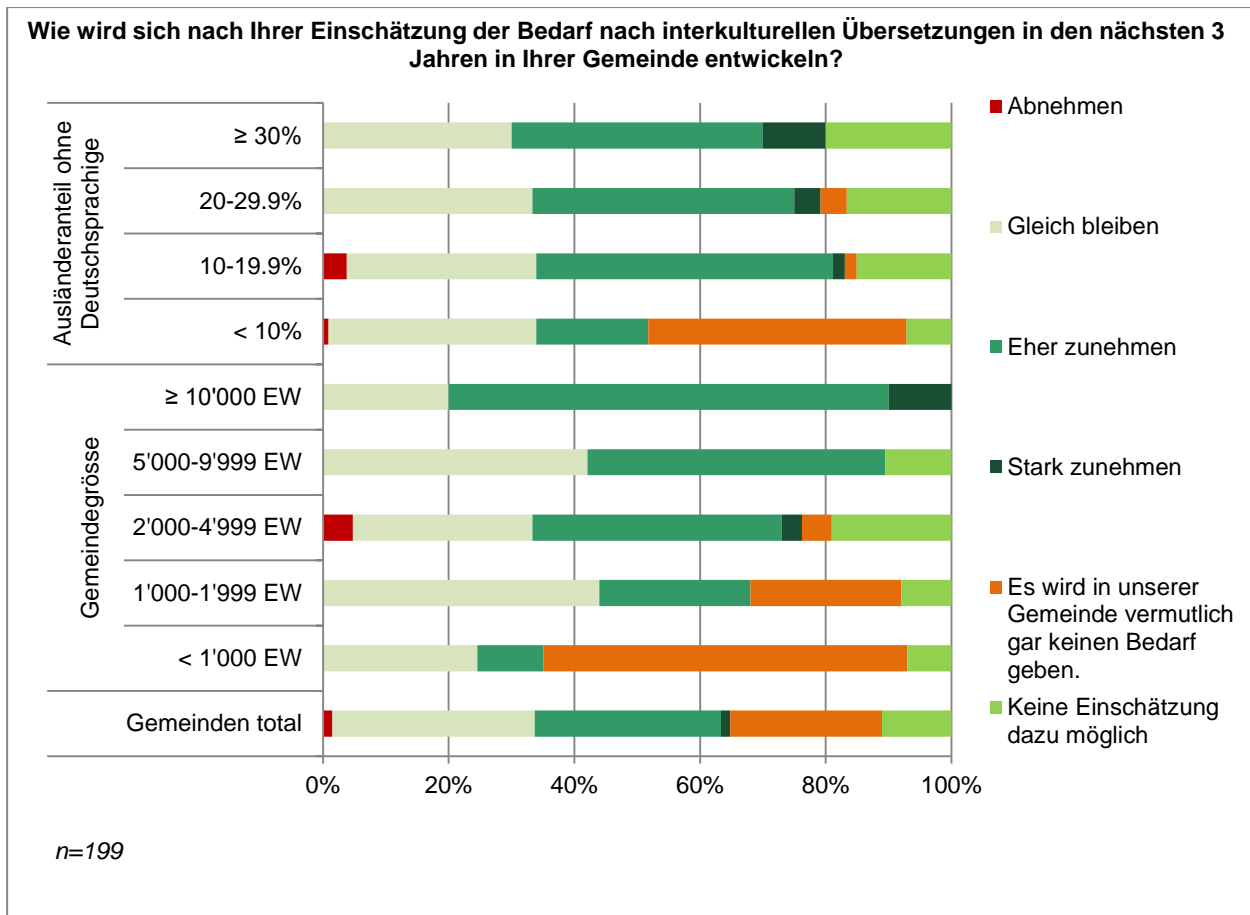


Abbildung 17: Bedarfsentwicklung nach interkulturellen Übersetzungen in den Gemeinden

Die Einschätzung der zukünftigen Bedarfsentwicklung im Bereich interkulturelles Übersetzen fällt heterogen aus, auch wenn man sie innerhalb der jeweiligen Gemeindekategorien betrachtet. Je grösser die Gemeinden sind und je grösser ihr Ausländeranteil (ohne Deutschsprachige) ist, desto eher sehen sie einen steigenden Bedarf an interkulturellem Übersetzen für die nächsten drei Jahre.

64 Gemeinden schätzen den Bedarf als gleichbleibend ein. 48 Gemeinden schätzen, dass es vermutlich gar keinen Bedarf geben wird.

²⁵ Die übrigen 3 Gemeinden gaben "andere Gründe" an.

62 Gemeinden gehen von einem steigenden Bedarf nach interkulturellem Übersetzen in den nächsten drei Jahren aus. In diesen 62 Gemeinden leben rund 57% der anderssprachigen ausländischen Bevölkerung und 48% der Gesamtbevölkerung des Kantons Aargau. Weitere 22 Gemeinden geben an, den zukünftigen Bedarf nicht einschätzen zu können. In diesen 22 Gemeinden leben rund 10% der anderssprachigen ausländischen Bevölkerung und rund 10% der Gesamtbevölkerung des Kantons Aargau.

So ist insgesamt mit einem zumindest potentiell steigenden Bedarf in 84 der antwortenden Gemeinden zu rechnen, in denen rund 67% der anderssprachigen ausländischen Bevölkerung und rund 58% der Gesamtbevölkerung des Kantons Aargau leben.

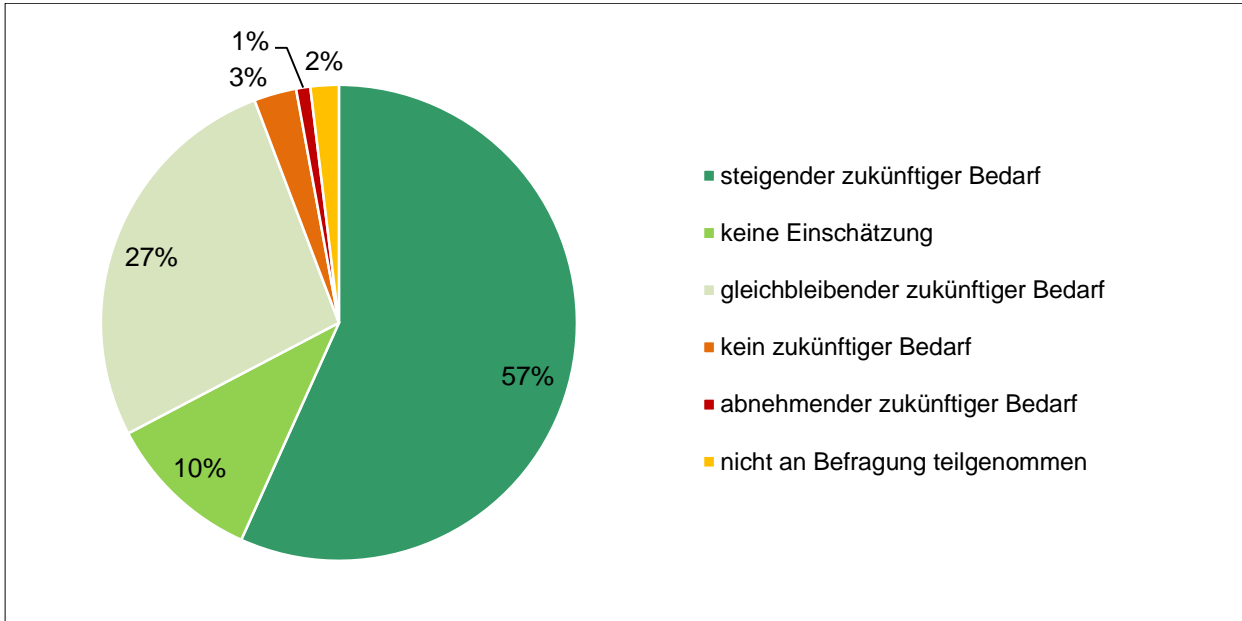


Abbildung 18: Anteil der von den Bedarfsmeldungen in Bezug auf interkulturelles Übersetzen betroffenen anderssprachigen Ausländerinnen und Ausländer im Kanton Aargau

2.8 Handlungsbedarf, Massnahmen, kantonale Unterstützung

Die folgenden drei Fragen waren offen formuliert. Den Gemeinden war es dementsprechend freigestellt, die Fragen zu beantworten oder nicht. Die drei Fragen nach den aktuellen Brennpunkten bzw. dem grössten Handlungsbedarf, nach den diesbezüglich geplanten Massnahmen und nach den Möglichkeiten der Unterstützung durch den Kanton wurden daher von einer jeweils unterschiedlichen Anzahl der Gemeinden beantwortet.

2.8.1 Aktuelle Brennpunkte bzw. grösster Handlungsbedarf aus Sicht der Gemeinden

Auf die Frage nach den aktuellen Brennpunkten bzw. dem grössten Handlungsbedarf im Zusammenhang mit der Integration von Ausländerinnen und Ausländern geben 67 Gemeinden keine Antwort. 66 weitere Gemeinden geben an, keinen aktuellen Handlungsbedarf zu haben. Als Begründung wird öfters angegeben, die Gemeinde sei sehr klein und/oder habe einen kleinen Ausländeranteil.

Der von den übrigen 66 Gemeinden gemeldete Handlungsbedarf (er überschneidet sich teilweise mit in den vorangegangenen Abschnitten präsentierten Themen) lässt sich gruppieren in:²⁶

- Sprache/Förderung der Deutschkenntnisse (19 Gemeinden)
- Vernetzung/Vereinsarbeit/Zusammenleben/verbesserte Integration ins Gemeindeleben (14 Gemeinden)
- Elternarbeit/Schulwesen/Frauen (12 Gemeinden): Hinweise: Eltern/Mütter verfügen über wenig Deutschkenntnisse / können von der Schule schlecht erreicht werden; schulische Eingliederung von Kindern bildungsferner Eltern; keine Kenntnisse des Schweizer Bildungssystems; keine Gleichberechtigung von Frau und Mann in gewissen Kulturen
- Frühe Förderung (9 Gemeinden)
- Integration von Jugendlichen (7 Gemeinden)
- Asylsuchende/Vorläufig Aufgenommene (5 Gemeinden): fehlende Tagesstrukturen, keine Angebote vorhanden
- Information der Bevölkerung / der Neuzuziehenden (4 Gemeinden)
- Kulturvermittler (4 Gemeinden)
- Arbeitsintegration (3 Gemeinden): Hinweis auf schwierige schulische Integration spät immigrierter Jugendlicher; schlechte Chancen für eine adäquate Berufsbildung
- Quartierarbeit (2 Gemeinden): es wird auf Separierungstendenzen in speziellen Quartieren hingewiesen.

2.8.2 Von den Gemeinden geplante diesbezügliche Massnahmen

Auf die Frage nach geplanten Massnahmen bezüglich der aktuellen Brennpunkte antworteten 90 Gemeinden nicht. 68 weitere Gemeinden gaben an, keine Massnahmen zu planen.

Die übrigen 41 Gemeinden meldeten geplante Massnahmen in folgenden Bereichen:²⁷

- Konzepte/Strukturen/Koordination (7 Gemeinden)
- Frühe Förderung (7 Gemeinden)
- Information der Bevölkerung/ der Neuzuziehenden (6 Gemeinden)
- Vernetzung/Vereinsarbeit/Zusammenleben/verbesserte Integration ins Gemeindeleben (6 Gemeinden)
- Integration von Jugendlichen (4 Gemeinden)

²⁶ Bei dieser Frage waren Mehrfachnennungen möglich.

²⁷ Bei dieser Frage waren Mehrfachnennungen möglich.

- Spezifische regionale Projekte (4 Gemeinden)
- Kulturvermittler (3 Gemeinden)
- Sprache (2 Gemeinden)
- Elternarbeit/Schulwesen/Frauen (2 Gemeinden)
- Quartierarbeit (1 Gemeinde).

2.8.3 Unterstützung durch den Kanton aus Sicht der Gemeinden

Auf die Frage, wie der Kanton die Gemeinden in Bezug auf geplante Massnahmen unterstützen könnte, antworteten 94 Gemeinden nicht. 40 Gemeinden meldeten, dass sie keine Unterstützung durch den Kanton benötigen.

Die übrigen 65 Gemeinden meldeten folgenden Unterstützungsbedarf:²⁸

1. Finanzielle Unterstützung (19 Gemeinden)
2. Fachliche Unterstützung in den Bereichen:
 - Allgemein (11 Gemeinden)
 - Information der Bevölkerung / der Neuzuziehenden (17 Gemeinden)
 - gesetzliche Grundlagen (11 Gemeinden)
 - Kulturvermittler (5 Gemeinden)
 - Sprache (3 Gemeinden)
 - Frühe Förderung (3 Gemeinden)
 - Arbeitsintegration (2 Gemeinde)
 - Elternarbeit/Schulwesen/Frauen (1 Gemeinde)
 - Vernetzung/Vereinsarbeit/Zusammenleben/verbesserte Integration ins Gemeindeleben (1 Gemeinde)
 - Integration von Jugendlichen (1 Gemeinde).

²⁸ Bei dieser Frage waren Mehrfachnennungen möglich.

3 Überblick über Bestand und Bedarf aus Sicht der Aargauer Gemeinden

Das aktuelle Angebot an Integrationsförderungsmassnahmen in den befragten Themenbereichen in den Gemeinden lässt sich im Überblick wie folgt darstellen:

Themenbereich	Anzahl Gemeinden, in denen es Angebote im Themenbereich gibt (% aller antwortenden Gemeinden, gerundet)	Anteil der in diesen Gemeinden lebenden anderssprachigen ausländischen Bevölkerung (in Bezug auf alle im Kanton Aargau lebenden anderssprachigen Ausländerinnen und Ausländer)	Anteil der in diesen Gemeinden lebenden Gesamtbevölkerung (in Bezug auf die Gesamtbevölkerung des Kantons Aargau)
Regelmässige Information der Gemeindebevölkerung zu den Themen Migration und Integration	29 (15%)	25%	19%
Erstinformation von Neuzuziehenden ²⁹	195 (98%)	98%	95%
Deutschkurse	69 (35%)	74%	62%
Frühe Förderung für anderssprachige Kinder	72 (36%)	68%	58%
Begegnung und Austausch	72 (36%)	72%	59%
Interkulturelles Übersetzen	81 (40%)	77%	64%

Tabelle 1: Angebote in den Gemeinden und davon betroffene Bevölkerungsanteile im Kanton Aargau

Als Tendenz lässt sich folgendes feststellen: Je grösser die Gemeinden sind und /oder je höher ihr Ausländeranteil ist, desto eher verfügen sie über Angebote der Integrationsförderung. Betrachtet man zum Beispiel nur die Gemeinden mit einem Ausländeranteil über 20% (dies sind 62 Gemeinden), so zeigt sich: rund 26% informieren ihre Bevölkerung regelmässig über Migrationsthemen; 100% informieren in irgendeiner Form die Neuzuziehenden; 65% verfügen über Deutschkurse; 58% verfügen über Angebote der Frühen Förderung für anderssprachige Kinder; 58% verfügen über Angebote im Bereich Austausch und Begegnung; 69% setzen interkulturelles Übersetzen ein.

Es lässt sich aus dieser Angebotsübersicht nicht schliessen, ob die vorhandenen Angebote in quantitativer und qualitativer Hinsicht ausreichend sind (vgl. Kapitel 1.5).

²⁹ Wird fast ausschliesslich in deutscher Sprache angeboten.

Der Bedarf nach zusätzlichen Integrationsfördermassnahmen in den befragten Themenbereichen aus Sicht der Gemeinden lässt sich im Überblick wie folgt darstellen:

Potentieller Bedarf an:	Spannbreite der Anzahl der Gemeinden, die einen potentiellen Bedarf melden ³⁰ (% aller antwortenden Gemeinden, gerundet)	Spannbreite des Anteils der davon potentiell betroffenen anderssprachigen ausländischen Wohnbevölkerung des Kantons Aargau	Spannbreite des Anteils der davon potentiell betroffenen Gesamtbevölkerung des Kantons Aargau
Information und Sensibilisierung der Gemeindebevölkerung im Bereich Migration und Integration	34 – 78 (17% - 39%)	44% - 66%	38% - 57%
Entwicklungsbedarf im Bereich Erstinformation	147 (74%)	83%	77%
Deutschkurse	8 – 55 (4% - 28%)	18% - 51%	12% - 40%
Frühe Förderung (<i>aktueller Bedarf</i>)	27 – 65 (14% - 33%)	37% - 64%	28% - 53%
Frühe Förderung (<i>zunehmender Bedarf in den nächsten drei Jahren</i>)	57 – 89 (29% - 45%)	49% - 70%	43% - 61%
Angebote zur Begegnung und Austausch	16 – 66 (8% - 33%)	26% - 58%	18% - 49%
Interkulturelles Übersetzen (<i>zunehmender Bedarf in den nächsten drei Jahren</i>)	62 – 84 (31% - 42%)	57% - 67%	48% - 58%

Tabelle 2: Spannbreite der von einem zusätzlichen Bedarf an Integrationsfördermassnahmen betroffenen Gemeinden und Bevölkerungsanteile im Kanton Aargau

Als Tendenz lässt sich wiederum folgendes feststellen: Je grösser die Gemeinden sind und /oder je höher ihr Ausländeranteil ist, desto eher melden sie einen zusätzlichen Bedarf an Angeboten der Integrationsförderung.

Betrachtet man nur die Gemeinden mit einem Ausländeranteil über 20%, so sehen diese in den befragten Themenbereichen vergleichsweise öfter einen aktuell nicht abgedeckten Bedarf: rund 39% im Bereich der Information der Gesamtbevölkerung, 10% der Gemeinden bei Deutschkur-

³⁰ Die Spannbreite gibt an: Anzahl der Gemeinden mit explizit geäussertem Bedarfsmeldung (1. Zahl) – Anzahl Gemeinden mit explizit geäussertem Bedarfsmeldung zuzüglich Anzahl der Gemeinden, die den Bedarf nicht einschätzen konnten (2. Zahl).

sen, 24% bei Angeboten im Bereich Begegnung und Austausch, 29% bei Angeboten der Frühen Förderung und 53% bei interkulturellem Übersetzen.³¹

Die vertiefende Analyse der Angaben derjenigen Gemeinden, die einen Bedarf melden und die keine Einschätzung dazu abgeben können, zeigt dass von deren expliziten bzw. potentiellen Bedarfsmeldungen ein je nach Themenbereich unterschiedlich grosser, insgesamt aber doch beträchtlicher Teil der anderssprachigen ausländischen Bevölkerung und der Gesamtbevölkerung des Kantons Aargau betroffen ist.

³¹ Bei der Frühen Förderung und dem interkulturellen Übersetzen werden hier die Zahlen zu der erwarteten Bedarfszunahme in den nächsten drei Jahren genannt.

Gewichtung der vorhandenen Angebote und Bedarfsmeldungen nach Bevölkerungszahlen

Themenfelder	Anzahl Gemeinden (Stand Juni 2011)	Anzahl anderssprachige AusländerInnen (Stand August 2011, auf Tausend gerundet)	von potentiellern Bedarf betroffene anderssprachige AusländerInnen (Spannbreite in Prozent aller im Kanton lebenden anderssprachigen AusländerInnen)	Bevölkerung (Stand Juni 2011, auf Tausend gerundet)
Gemeinden im Aargau	220	104'000		615'000
An Umfrage beteiligte Gemeinden*	199	102'000		588'000
Information und Sensibilisierung der Bevölkerung im Bereich Migration / Integration				
Gemeinde informiert die Bevölkerung regelmässig.	29	26'000		114'000
Gemeinde informiert die Bevölkerung nicht regelmässig.	170	76'000		474'000
zusätzlicher Bedarf an Information und Sensibilisierung der Gemeindebevölkerung in Bezug auf die Migrationsthematik	34	46'000	44% - 66%	220'000
keine Einschätzung möglich	44	23'000		132'000
kein zusätzlicher Bedarf	121	33'000		237'000
Erstinformation				
Es werden aktuell Informationen an Neuzuzüger abgegeben.	195	102'000		586'000
Bedarf an kant. Unterstützung	147	86'000	83%	476'000
kein Bedarf an kant. Unterstützung	52	16'000		113'000
Sprachangebote				
Angebot vorhanden	69	77'000		380'000
zusätzlicher Bedarf	8	19'000	18% - 51%	75'000
keine Einschätzung bezüglich Bedarf möglich	47	34'000		174'000

kein zusätzlicher Bedarf	144	49'000		340'000
Frühe Förderung				
Angebote vorhanden	72	71'000		359'000
zusätzlicher Bedarf	27	39'000	37% - 64%	171'000
keine Einschätzung bezüglich Bedarf möglich	38	28'000		156'000
kein zusätzlicher Bedarf	134	35'000		261'000
in Zukunft keinen Bedarf	48	3'500		47'000
steigender zukünftiger Bedarf	57	51'000	49% - 70%	263'000
keine Einschätzung für zukünftige Bedarfsentwicklung möglich	32	22'000		110'000
Begegnung / Austausch				
Angebote vorhanden	72	75'000		362'000
zusätzlicher Bedarf	16	27'000	26% - 58%	111'000
keine Einschätzung bezüglich Bedarf möglich	50	33'000		191'000
kein zusätzlicher Bedarf	133	42'000		285'000
Interkulturelles Übersetzen				
wird aktuell eingesetzt	81	80'000		396'000
wird aktuell nicht eingesetzt, weil kein Bedarf	114	18'000		176'000
Bedarf wird steigen	62	59'000	57% - 67%	296'000
keine Einschätzung zur zukünftigen Bedarfsentwicklung möglich	22	11'000		63'000
es wird in Zukunft keinen Bedarf geben	48	3'000		46'000
*Die antwortenden Gemeinden decken rund 96% der Aargauischen Bevölkerung und rund 98% der anderssprachigen Ausländerinnen und Ausländer ab.				